

## Sloweniens Vorbereitungen auf die angestrebte NATO-Mitgliedschaft

Gustenau, Gustav E.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gustenau, G. E. (1999). *Sloweniens Vorbereitungen auf die angestrebte NATO-Mitgliedschaft*. (Berichte / BIOst, 8-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43927>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;  
e-mail: [biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de](mailto:biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einleitung.....	5
2. Die geostrategische Lage Sloweniens am Ende der neunziger Jahre .....	7
2.1 Bedrohungsszenarien .....	7
2.2 Das Verhältnis Sloweniens zu seinen Nachbarn .....	9
2.3 Die Rolle Sloweniens im Osterweiterungsprozeß der NATO .....	10
3. Sloweniens Strategie zur Integration in die NATO .....	14
3.1 Die "militärische Vereidigungsstrategie" der Republik Slowenien.....	20
3.2 Reform der Slowenischen Streitkräfte (SSK).....	21
3.3 Rüstungs- und Beschaffungsprogramme .....	25
3.4 Beispiele internationaler Militärkooperation.....	27
4. Zur innenpolitischen Dimension der slowenischen NATO- Beitrittsabsichten .....	30
5. Zum Beitrittsverfahren zur Europäischen Union.....	33
6. Sloweniens aktuelle NATO-Beitrittsperspektiven .....	35
Anhang .....	37
Summary .....	39

13. Januar 1999

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Oberst des Österreichischen Bundesheeres und Leiter des Instituts für Internationale Friedenssicherung an der Landesverteidigungsakademie Wien.

Redaktion: Fred Oldenburg



**Gustav E. Gustenau**

## **Sloweniens Vorbereitungen auf die angestrebte NATO-Mitgliedschaft**

Bericht des BIOst Nr. 8/1999

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Gegenstand des vorliegenden Berichtes sind die Bemühungen der Republik Slowenien, ihre außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen durch einen frühestmöglichen NATO-Beitritt zu realisieren. Die Forschungsfrage wird im Kontext eines sich verändernden sicherheitspolitischen Umfeldes einerseits und eines enormen Reformbedarfes bei den Slowenischen Streitkräften (SSK) andererseits dargestellt. Gerade was die Veränderungen der SSK betrifft, mußten aufgrund der unbefriedigenden Quellenlage in der Fachpublizistik im Frühjahr und Herbst 1998 direkte Gespräche mit Angehörigen des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs der SSK geführt werden.

#### *Ergebnisse*

1. War direkt nach der Erlangung der Unabhängigkeit die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik noch unklar, so zeichnete sich im politischen Establishment Sloweniens ab Mitte der neunziger Jahre ein deutliches Bekenntnis zum Beitritt zu NATO und WEU ab.
2. Hauptmotive für den erstrebten NATO-Beitritt sind die exponierte Lage zur Krisenzone Balkan, die beschränkten militärischen Ressourcen des Landes und die durch einen NATO-Beitritt erzielbare Verbesserung der internationalen Stellung Sloweniens.
3. Trotz der Nichtberücksichtigung beim NATO-Erweiterungsgipfel in Madrid im Juli 1997 wird Slowenien unvermindert an seinen Beitrittsbemühungen festhalten. Dies wurde durch die Verabschiedung einer "National Strategy for Integration of the Republic of Slovenia into NATO" im Februar 1998 untermauert.
4. Der bevorstehende Beitritt Ungarns zur NATO ohne Landverbindung zum NATO-Kernbereich läßt den Schluß zu, daß der geostrategische Stellenwert Sloweniens als potentielle Landbrücke zwischen Italien und Ungarn im Zuge der NATO-Osterweiterung nicht mehr die ursprünglich erwartete Bedeutung hat.
5. Die Rückstufung Sloweniens im Osterweiterungsprozeß erfolgt trotz Attestierung aller wesentlichen Beitrittskriterien durch die NATO: stabiles politisches System, Marktwirtschaft, Gewährung der Menschenrechte, demokratische Kontrolle über die Streitkräfte und keinerlei sicherheitspolitische Probleme mit Nachbarstaaten.

6. Ein Beitritt Sloweniens zur NATO dürfte daher weniger von geostrategischen Überlegungen oder von den Vorbereitungen in Slowenien selbst vorrangig abhängen, sondern von allgemein übergeordneten Fragestellungen wie den zu erwartenden Kosten, der innenpolitischen Akzeptanz bei den NATO-Staaten, der Bündniskohäsion etc.
7. Zu den konkreten Maßnahmen der Integration in die NATO zählen eine verstärkte Kooperation im Rahmen der *Partnership for Peace* (PfP) und des *Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrats* (EAPC), die Harmonisierung mit den NATO-Standards, ein Engagement bei der Bewältigung der Krise im ehemaligen Jugoslawien und die Bildung von Einheiten für die Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen.
8. Ein besonderes Schwergewicht liegt bei multilateralen militärischen Kooperationen, wie der Teilnahme an Übungen oder der Bildung von Verbänden für Friedensoperationen (*Central European Nations Cooperation on Peace Support* [CENCOOP], *Multinational Land Force* [MLF]).
9. Die SSK stehen vor gravierenden Veränderungen der Organisations- und Führungsstruktur. Die alten, noch aus der Zeit der Territorialverteidigung stammenden Strukturen und Verfahren müssen im Hinblick auf die NATO-Kompatibilität und Interoperabilität aufgegeben werden. Die neuen Leitkriterien sind: Herstellung der operativen Beweglichkeit, Aufbau einer modularen Struktur, die Fähigkeit zur Mitwirkung an Operationen des Bündnisses, Reduzierung des Mobilmachungsrahmens und stärkere Professionalisierung.
10. Im Geräte- und Ausrüstungssektor ist vielfach von einem völligen Neuaufbau auszugehen. Vorrang haben Führungs- und Kommunikationseinrichtungen sowie Luftraumüberwachung und -verteidigung. Die Anschaffung eines Kampfflugzeugtyps ist trotz der laufenden Sonderfinanzierung für die Rüstungsbeschaffung unter den gegebenen budgetären Verhältnissen kaum vorstellbar.
11. Neben den NATO-Beitrittsambitionen besitzt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union einen vorrangigen Stellenwert in der slowenischen Außenpolitik. Die Zustimmung zur EU ist sowohl im politischen Establishment zur Gänze und in der Bevölkerung weitgehend gegeben. Die Kritik der EU-Kommission an den slowenischen Beitrittsbemühungen im November 1998 dürfte keine unüberwindbaren Hindernisse bereiten.
12. Scheint der Fahrplan zum EU-Beitritt – wenn auch mit Verspätungen – weitgehend gesichert, so ist die Perspektive des NATO-Beitrittes in zeitlicher Hinsicht derzeit völlig offen. Slowenische Experten gehen nicht von einer Einladung beim NATO-Gipfel im Frühjahr 1999 aus.

## 1. Einleitung

Nach dem aus slowenischer Sicht erfolgreich geführten bewaffneten Konflikt um die Unabhängigkeit im Sommer 1991, dem Abzug der letzten Verbände der Jugoslawischen Volksarmee bis zum 26. Oktober 1991 sowie der Anerkennung der jungen Republik durch die Staatengemeinschaft um die Jahreswende 1991/1992 wurde die strategische Lage Sloweniens im wesentlichen durch folgende Faktoren geprägt: den Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die Desintegration der Bundesrepublik Jugoslawien sowie Albanien, die von der Staatengemeinschaft getragenen Bemühungen zur Friedenssicherung in den Krisenregionen des Balkans, den fortschreitenden europäischen Integrationsprozeß mit der Erweiterung von EU und NATO sowie schließlich den nationalen Konsolidierungsprozeß in Slowenien und die weitgehend konsensuale Ausrichtung der slowenischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Neben der Ausrichtung des slowenischen politischen Systems, der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen nach dem Modell der westlichen Demokratien gebot insbesondere die exponierte Lage gegenüber den fortdauernden Konflikten, welche die Desintegration der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) mit sich brachte, eine dauerhafte und verlässliche Verankerung in der westlichen Stabilitäts- und Sicherheitszone. Gerade auch die Kleinheit des Landes sowie die daraus resultierenden beschränkten Ressourcen lassen eine autarke Landesverteidigung nur in beschränktem Maße zu und erfordern eine Abstützung auf entsprechende Strukturen der westlichen Militärbündnisse. Wenn auch spät, so formulierte die slowenische Regierung doch im Februar 1998 eine nationale Strategie, welche die frühestmögliche volle Integration Sloweniens in die EU, WEU und NATO vorsieht.<sup>1</sup>

Die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Madrid im Juli 1997 sowie die in deren Umfeld geführten Diskussionen sowohl innerhalb Sloweniens als auch in der NATO bewiesen, daß es hinsichtlich der strategischen Bedeutung des Landes durchaus divergierende Positionen gab.<sup>2</sup> So zeigten sich die wichtigsten europäischen Bündnispartner noch im unmittelbaren Vorfeld des Treffens in Madrid von der notwendigen Aufnahme Sloweniens wie auch Rumäniens neben den "Fixkandidaten" Polen, Tschechien und Ungarn überzeugt, was nichts daran änderte, daß die USA praktisch im Alleingang die beiden Länder in den Warteraum versetzten. Neben Kosten- und innenpolitischen Aspekten schien eines der Motive für die restriktive Haltung der USA nicht so sehr die Frage des unmittelbaren Nutzens für die Stabilität der Region und der Sicherheit des Bündnisses gewesen zu sein, sondern die der Machtprojektion einzelner Bündnismitglieder in jenen Raum, wo sie vermehrt ihre strategischen Interessen zu wahren suchen. In diesem Zusammenhang war das massive Interesse Italiens und Frankreichs zu sehen, durch eine Forcierung der Aufnahme Sloweniens

---

<sup>1</sup> National Strategy for Integration of the Republic of Slovenia into NATO. Adopted by the Government of the Republic of Slovenia on 26. February 1998.

<sup>2</sup> Klemens Fischer und Wolf Hanke, Der NATO-Gipfel in Madrid, in: Europäische Sicherheit, Nr. 3/1997, S. 6ff.

und Rumäniens im Mittelmeerraum verstärkt Einfluß zu gewinnen.<sup>3</sup> Das Faktum, daß sowohl aus der Sicht Sloweniens wie auch nach allgemeiner Einschätzung der NATO eine direkte militärische Aggression gegen das Land mittlerweile weitgehend ausgeschlossen werden kann, nahm dem NATO-Beitritt Sloweniens die existentielle Bedeutung, wie dies noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre den Anschein hatte. So stellte etwa Präsident Kučan im November 1997 explizit fest, daß derzeit keine direkten Bedrohungen bezüglich der Unabhängigkeit Sloweniens und seiner territorialen Integrität bestehen.<sup>4</sup> Folgerichtig wird nach Kučan der Vorteil der NATO-Mitgliedschaft nicht vorrangig in der Schutzfunktion durch die NATO gesehen, welche diese aufgrund ihrer militärischen Ressourcen gewährleisten kann. Viel eher werden die Vorzüge in den gerade von der NATO realisierten kooperativen Sicherheitsstrukturen und der damit einhergehenden Reduzierung von Spannungen und Gefahren gesehen. Von entscheidender Bedeutung bleibt in diesem Kontext die Fähigkeit der NATO zu gemeinschaftlichen Aktionen zur Wahrung der Stabilität und Gewährleistung der Sicherheit ihrer Mitglieder. Sie ist ein unzweideutiges und wirksames Instrument gegenüber jenen Staaten, welche bereit sind, in aggressiver und gewaltsamer Weise ihre Interessen zu realisieren.<sup>5</sup> Nicht zuletzt aufgrund des NATO-Engagements in Bosnien-Herzegowina ist Slowenien unmittelbarer Nutznießer der friedenssichernden Funktionen der NATO, was zwei direkte Konsequenzen hat: Zum einen unterstützt Slowenien die NATO-Operation in Bosnien-Herzegowina direkt, und zum anderen möchte es neben seiner Mitgliedschaft in UNO und OSZE selbst mitgestaltender und mittragender Teil der von der NATO gewährleisteten Sicherheitsordnung sein. Schließlich soll durch einen NATO-Beitritt die Rolle und der Stellenwert Sloweniens im Staatensystem entscheidend gestärkt und das Land in der europäisch-atlantischen Gemeinschaft nachhaltig verankert werden. Die in der sogenannten "Erweiterungsstudie"<sup>6</sup> der NATO aufgeführten Kriterien für einen Beitritt neuer Mitglieder sind denn auch Grundlage der slowenischen NATO-Beitrittsstrategie. Nach slowenischer Darstellung erfüllt das Land seit Jahren die in der Erweiterungsstudie genannten allgemeinen politischen Kriterien für einen NATO-Beitritt.<sup>7</sup>

- Demnach hat sich in Slowenien ein stabiles politisches System entwickelt, das auf allgemeinen, freien und geheimen Wahlen basiert.

---

<sup>3</sup> Daniel N. Nelson and Thomas Szayna, NATO's Metamorphosis and Central European Politics: Effects of Alliance Transformation, in: Österreichisches Institut für Internationale Politik. Arbeitspapiere, 16. Oktober 1997, S. 42ff.

<sup>4</sup> Milan Kucan, European Security Dilemmas – Slovenia and NATO Expansion – Speech by the President of the Republic of Slovenia, Milan Kucan, at the 18th International politics and strategy conference of Hanns-Seidel Foundation, München, 4. November 1997. S. 3.

<sup>5</sup> Ebd. S. 3f.

<sup>6</sup> Study on NATO Enlargement, September 1995.

<sup>7</sup> Ivan Hostnik, Der Verlauf der innenpolitischen Diskussion in Slowenien bezüglich der NATO-Beitrittsfrage, in: NATO-Perspektiven aus slowenischer und österreichischer Sicht. Informationen zur Sicherheitspolitik (Hg. von der Landesverteidigungskademie), Wien, Nr. 7/1998, S. 35f.

- Die Grundprinzipien der Marktwirtschaft wurden erfolgreich implementiert, der Außenhandel im Rahmen der Mitgliedschaft in der CEFTA wie auch des Beitrittsprozesses zur EU liberalisiert und schließlich der Privatisierungsprozeß erfolgreich begonnen.
- In Slowenien wird ein hoher Standard der Menschenrechte gewährleistet, was etwa durch die Jahresberichte von Amnesty International, aber auch staatlicher Institutionen wie dem Jahresbericht des State Departements über die Lage der Menschenrechte in der Welt bestätigt wird. Die politischen Rechte der italienischen und ungarischen Minderheiten sind verfassungsmäßig gewährleistet.
- Das Verteidigungssystem steht unter demokratischer Kontrolle, die Funktion des Verteidigungsministers wird durch einen Zivilisten wahrgenommen und die Opposition stellt den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses.
- Deziert sicherheitspolitische Probleme mit Nachbarstaaten existieren nicht, offene Fragen werden ausschließlich im Dialog und auf dem Verhandlungswege gelöst.

Trotzdem wurde Slowenien beim NATO-Gipfel in Madrid nicht zum Beitritt eingeladen, wiewohl im Punkt 8 der Erklärung der Regierungschefs festgehalten wurde, daß 1999 der Erweiterungsprozeß neu beurteilt wird und insbesondere die positive Entwicklung in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Slowenien und Rumänien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werde. Der Schluß liegt nahe, daß die Gründe für die Nichtberücksichtigung Sloweniens nicht ausschließlich in den Beitrittsvorbereitungen des Landes selbst zu suchen sind.

## **2. Die geostrategische Lage Sloweniens am Ende der neunziger Jahre**

Zumindest in eigener Sicht hat Slowenien mit der Erreichung der Unabhängigkeit eine geostrategisch bedeutende Position eingenommen.<sup>8</sup> So nimmt das Land in einem für die europäische Sicherheit vorrangig bedeutsamen Raum eine Schlüsselstellung hinsichtlich der Ausweitung des Demokratisierungsprozesses, der Krisenbewältigung und der Konfliktverhinderung auf dem Balkan ein. Vor allem seine Land-, aber auch die Luftverbindungen haben für das NATO-Engagement im ehemaligen Jugoslawien eine besondere Bedeutung.<sup>9</sup> Hervorgehoben wird auch, daß Slowenien der erfolgreichste Staat auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ ist, da er verglichen mit den vier anderen Staaten über keinerlei interne Konflikte mit einem entsprechenden Eskalationspotential verfügt, und sich die demokratischen wie auch die marktwirtschaftlichen Strukturen weitgehend frei entwickeln können.<sup>10</sup> Darüber hinaus ist Slowenien weitgehend frei von Kriegsfolgen, ethnischen Konflikten und ungelösten Territorialfragen größeren Ausmaßes.

### **2.1 Bedrohungsszenarien**

Die Perzeption aktueller und potentieller Bedrohungsszenarien hat sich in Slowenien während der letzten Jahre tendenziell gewandelt. So strebte unmittelbar nach Erringung der Unabhän-

---

<sup>8</sup> Ebd. S. 30.

<sup>9</sup> Gespräche mit dem slowenischen Generalstab im September 1998.

<sup>10</sup> Hostnik, a.a.O., S. 31.

gigkeit im Sommer 1991 der Krieg in Kroatien seinem ersten Höhepunkt entgegen, und die Frage der Neuordnung der Machtverhältnisse im südslawischen Raum war noch lange nicht entschieden. Aus slowenischer Sicht bestand lange Zeit die Befürchtung, daß sich im Rahmen einer Niederlage der kroatischen Streitkräfte das Kampfgeschehen auf slowenisches Territorium ausweiten könnte. Eine Invasion durch serbische Kräfte wurde zwar als "worst case", zugleich aber auch als die unwahrscheinlichste Variante angesehen. Mit verschiedenen Destabilisierungsszenarien, sei es als unmittelbare Folge des Krieges in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina, sei es als Machtprojektion Serbiens gegenüber Slowenien im Rahmen einer indirekten Strategie und vor allem nach einer möglichen Niederwerfung Kroatiens, wurde aber bis in die Mitte der neunziger Jahre gerechnet.<sup>11</sup>

Mit der Rückeroberung der serbisch besetzten Gebiete Kroatiens durch die kroatischen Streitkräfte im Frühjahr und Sommer 1995 sowie insbesondere durch die Präsenz der NATO in Bosnien-Herzegowina als Folge des Dayton-Vertrages hat sich die Situation für Kroatien nachhaltig verbessert.<sup>12</sup> Einerseits wird das größte Konfliktpotential, der Ordnungskonflikt in und um Bosnien-Herzegowina, direkt von der NATO im Rahmen des SFOR-Einsatzes kontrolliert und die Distanz zu den weiteren Krisenherden – wie das Kosovo – ist erheblich größer geworden. Aus der Sicht Sloweniens geht die größte Gefahr für die Stabilität des Balkans von den ordnungspolitischen Vorstellungen Serbiens aus, wenngleich für Slowenien in diesem Kontext nur mehr mittelbare Bedrohungsszenarien abgeleitet werden können. Somit lassen sich, wie dies etwa der stellvertretende Generalstabschef der slowenischen Streitkräfte, Brigadier Marjan Grabnar, im Frühjahr 1998 ausführte, unmittelbare militärische Bedrohungsszenarien gegenüber dem slowenischen Staat nahezu ausschließen.<sup>13</sup> Den sogenannten "neuen" Gefahren und Bedrohungen wird denn auch in diversen einschlägigen Publikationen Sloweniens immer wieder eine vorrangige Relevanz bei der Analyse des aktuellen Bedrohungsspektrums beigemessen: den Wanderungsbewegungen bzw. Flüchtlingsströmen, den verschiedenen Formen des Terrorismus und der organisierten Kriminalität sowie den Folgen ökologischer Veränderungen.<sup>14</sup> Zeigte sich schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, daß Slowenien gegenüber den militärisch-machtpolitischen Herausforderungen auf sich alleine gestellt nur bedingt ausreichende Sicherheitsvorkehrungen hätte leisten können, so ist auch angesichts der "neuen" Gefahren und Bedrohungen evident, daß Slowenien nur in Kooperation mit anderen in gleicher Weise betroffenen Staaten solchen Herausforderungen entgegentreten kann.

---

<sup>11</sup> Gustav E. Gustenau, Zur Sicherheitspolitik der Republik Slowenien, in: Kurzstudien und Informationen (hg. von der Landesverteidigungsakademie), Wien 1991, S. 4ff.

<sup>12</sup> Gustav E. Gustenau, Zur Neuordnung des Südslawischen Raumes, in: ÖMZ, laufende Berichterstattung des Jahres 1995.

<sup>13</sup> Marjan Grabnar, Die Schaffung eines nationalen Militärsystemes zur Wahrung der politischen Stabilität und Sicherheit des Staates, in: Informationen zur Sicherheitspolitik (hg. von der Landesverteidigungsakademie). Gaminger Gespräche 1998 (Veröffentlichung im Druck).

<sup>14</sup> Ebd.

## 2.2 *Das Verhältnis Sloweniens zu seinen Nachbarn*

Der in diesem Kontext zu nennende Disput mit Kroatien über den Grenzverlauf an der adriatischen Küste sowie über die damit verbundene Frage der Territorialgewässer Sloweniens und des freien Zugangs zum offenen Meer soll nach übereinstimmender Meinung der Politiker beider Staaten ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden und wird neben anderen offenen Fragen wie der gemeinsamen Nutzung des slowenischen Kernkraftwerkes Krško gerade in den letzten Jahren ohne Aufregung geführt.<sup>15</sup> Das gleiche gilt auch für ungeklärte Vermögensfragen, so die Deviseneinlagen bei der Zagreber Filiale der Bank von Ljubljana. Ein Treffen der Außen- und Wirtschaftsminister Sloweniens und Kroatiens Ende August 1998 zur Lösung der offenen Fragen brachte zwar keinen Durchbruch, immerhin wurde aber vereinbart, für den Fall des Nichtzustandekommens einer Übereinkunft binnen dreier Monate einen internationalen Schiedsspruch herbeizuführen.<sup>16</sup> Generell hat sich die Position Sloweniens gegenüber Kroatien insofern etwas verbessert, als es versucht, sich als Mittler für die Annäherung Kroatiens an die westeuropäischen Strukturen zu etablieren. So soll Slowenien insbesondere bei der Integration Kroatiens in die CEFTA sowie bei dessen Annäherung an die NATO unterstützend agieren.<sup>17</sup>

Als grundsätzlich konfliktfrei kann das Verhältnis Sloweniens zu Österreich und Ungarn gesehen werden, sieht man von den gelegentlichen Diskussionen um die Stellung der jeweiligen Minderheiten im Nachbarland ab.<sup>18</sup> Von einer Belastung der Beziehungen kann man keinesfalls sprechen, vielmehr besteht ein echtes Bedürfnis nach einer nachhaltigen Verfestigung der Beziehungen Sloweniens zu diesen beiden Nachbarstaaten. Was Österreich betrifft, steht insbesondere die erhoffte Unterstützung beim Beitrittsverfahren zur EU im Vordergrund.<sup>19</sup>

Gerade im Kontext der EU-Erweiterung stellte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre das Verhältnis zu Italien eine besondere Belastung dar. Allerdings erfolgte nach dem Rücktritt der italienischen Rechtsregierung unter Silvio Berlusconi 1994 eine deutliche Entspannung. Schon das Expertenkabinett unter Lamberto Dini beendete die Blockadepolitik, und seit dem Amtsantritt von Romano Prodi wurde der Weg für eine Annäherung an die EU frei. So verpflichtete sich Slowenien in einem Abkommen, den italienischen Wünschen insbesondere in der Frage des Immobilienerwerbes entgegenzukommen. Auch in die Frage der jeweiligen Minderheiten kam Anfang 1997 Bewegung, da eine Expertenkommission mit der Erstellung eines Lageberichtes beauftragt wurde. Auf Unverständnis stoßen jedoch die italienischen Vorstellungen, denen zufolge der Status der italienischen Minderheiten in Istrien mit einem

---

<sup>15</sup> Premier expects resolution of disputes with Croatia, in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans, 12.3.1997. Slovenia rejects claim that Croatian Power Supply was restored for nuclear safety reasons, in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans, 6.8.1998.

<sup>16</sup> Andreas Oplatka, Slowenisch-Kroatische Absprachen, in: NZZ, 27.8.1998.

<sup>17</sup> Premier expects resolution with Croatia, in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans, 12.3.1997.

<sup>18</sup> Aufregung in Slowenien um Gespräche über deutschsprachige Minderheiten, in: APA128, 22.1.1998.

<sup>19</sup> Dies war auch das vorrangige Gesprächsthema beim Besuch des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil bei seinem Amtskollegen Milan Kučan im September 1998. Siehe dazu APA343, 10.9.1998.

gemeinsamen Staatsvertrag zwischen Slowenien, Kroatien und Italien geregelt werden soll. Aus slowenischer Sicht würde dies die Souveränitätsrechte Sloweniens in unzulässiger Weise beeinträchtigen.<sup>20</sup>

Insbesondere in den Kontext der NATO-Osterweiterung sind die diversen militärischen Kooperationsformen Sloweniens mit Italien, Ungarn, aber auch mit Österreich zu stellen (s. Pkt. 3, 4).

### **2.3 Die Rolle Sloweniens im Osterweiterungsprozeß der NATO**

Die Frage, welchen Stellenwert Slowenien für die NATO, bzw. den Osterweiterungsprozeß selbst besitzt, ist überaus vielschichtig. Zunächst ist sie von der strategischen Konzeption der NATO in ihrer politischen und militärischen Dimension aus zu betrachten sowie aus der Interessenlage wesentlicher Bündnismitglieder, etwa der USA, Deutschlands, Frankreichs und Italiens. Entscheidend für das Grundverständnis der Osterweiterung der NATO dürfte die Prämisse sein, daß sie vor allem als politischer Prozeß zur Stabilisierung und Integration Ostmitteleuropas in die westliche Stabilitätszone konzipiert wurde.<sup>21</sup> Demgegenüber treten militärstrategische und mehr noch Struktur- und Ausrüstungsfragen bei den präsumptiven neuen Mitgliedern eindeutig in den Hintergrund. In diesem Zusammenhang ist ein Bonmot, welches dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zugeschrieben wird, zutreffend: Man könne der NATO zwar mit rostigen Panzern beitreten, nicht aber der EU mit rostigen Traktoren.

Im Vorfeld von Madrid wurde die Frage des slowenischen Beitrittes nur bedingt von militärstrategischen Erwägungen geleitet, sondern letztendlich von der Kostendiskussion und der damit verbundenen "politischen" Verkraftbarkeit von drei oder fünf neuen Mitgliedern in der NATO. Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, Slowenien, aber auch Rumänien trotz massiver französischer und deutscher Unterstützung nicht zum Beitritt einzuladen, dürfte vorrangig in der Nichtakzeptanz der Erweiterungspläne beim amerikanischen Kongreß bedingt gewesen sein – einer Erweiterung um fünf Kandidaten hätte der Kongreß allem Anschein nach nicht zugestimmt. Stark beeinflusst wurde die amerikanische Entscheidung durch die französischen und italienischen Vorstellungen einer größeren eigenen Rolle im NATO-Führungsbereich Süd, so etwa die französischen Ansprüche auf die Kommandogewalt in diesem Führungsbereich.<sup>22</sup> Eine Aufnahme insbesondere Rumäniens, aber auch Sloweniens

---

<sup>20</sup> Gustav Gustenau und Predrag Jureković, Slowenien, in: Handbuch Sicherheit 1997. Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen, Baden-Baden 1997, S. 443.

<sup>21</sup> Christoph Bertram, Die NATO als Fundament des neuen europäischen Sicherheitssystems, in: Erich Reiter (Hg.), Österreich und die NATO, Wien 1998, S. 136ff.

<sup>22</sup> Erich Reiter, Zum Problem der NATO-Erweiterung, in: Informationen zur Sicherheitspolitik (hg. von der Landesverteidigungsakademie), Wien, Nr. 7, März 1998, S. 59. J.A. Lewis, France cools off NATO Reintegration, in: Jane's Defence Weekly, 9.7.1997, S. 3.

hätte in dieser Phase der Reorganisation des Bündnisses die französische Position massiv gestärkt, was den amerikanischen Interessen zuwider lief.<sup>23</sup>

Nachdem sich ab der Mitte der neunziger Jahre eine Erweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn quasi als feste Kandidaten abzeichnete, rückte Slowenien in der Vorbereitungsphase von Madrid vor allem deshalb in eine aufgewertete strategische Position, weil sich die Diskussion in Österreich über einen NATO-Beitritt nicht rasch genug in Richtung einer positiven Beschlußfassung entwickelte und die Slowakei in dieser Zeit weitgehend isoliert war. Slowenien sah sich somit in der "Schlüsselrolle", eine strategische Brückenfunktion zwischen Italien und dem präsumptiven NATO-Mitglied Ungarn einzunehmen. Daher wurde es spätestens seit Anfang 1997 von Italien im Rahmen einer "neuen Ostpolitik" unterstützt, die den Beitritt Sloweniens zur NATO explizit zum Ziel hatte.<sup>24</sup> So schlug Italien die Bildung einer "trilateralen Brigade" (Multinational Land Force, MLF) vor, bestehend aus einem ungarischen, einem slowenischen und einem italienischen Verband. Ein wesentlicher Aspekt der "Landbrückenfunktion" ist das Abkommen über den Bau einer Gütertransversale von Venedig über Slowenien und Ungarn bis nach Kiew. Das im Dezember 1996 unterzeichnete Abkommen sieht den umfassenden Ausbau von Schienen- und Straßenverbindungen vor.<sup>25</sup>

Die Entscheidung, beim Erweiterungsgipfel von Madrid Slowenien nicht zum Beitritt einzuladen, wohl aber Ungarn ohne direkte Landverbindung zum NATO-Territorium, läßt jedenfalls den Schluß zu, daß die geopolitischen Aspekte der Osterweiterung, insbesondere auch Slowenien betreffend, in den Hintergrund getreten sind, was mehrere Konsequenzen hatte. Zumindest aus der Sicht der Anrainerstaaten, insbesondere Italiens aber auch Österreichs, hat sich der geostrategische Stellenwert Sloweniens seit dem NATO-Gipfel in Madrid deutlich reduziert. Auch Italiens Ambitionen auf eine führende Rolle im südosteuropäischen Raum brachten nicht den erhofften Erfolg: Im Rahmen der Operation "Alba" zur Stabilisierung Albaniens im Frühsommer 1997 zeigten sich die begrenzten Möglichkeiten Italiens. Auch der Versuch einer Vorwegnahme von NATO-Strukturen durch die trilaterale Brigade blieb vorerst erfolglos. Implizit ist somit ein relativer Bedeutungsverlust Italiens in der Region generell und insbesondere bei den multinationalen regionalen militärischen Kooperationen gegeben. Neben der trilateralen Brigade trifft dies auch auf das ursprüngliche Multinational Land Force-Konzept zu, das Mitte 1996 auf eine deutsch-italienische Initiative hin propagiert wurde.<sup>26</sup>

Die Absichten Italiens, eine regionale Führungsposition einzunehmen, zeitigten aber auch in Slowenien selbst nicht den erhofften Erfolg. So wurde anlässlich der Debatte über die MLF Mitte Mai 1998 in Ljubljana zwar der Nutzen für die Integration in bestehende NATO-Struk-

---

<sup>23</sup> Paul-Marie De La Gorce, Wie die USA ihre strategischen Interessen Durchsetzen: Ein Tanzbär namens NATO, in: TAZ, Die Tageszeitung, 11.7.1997.

<sup>24</sup> APA578, 11.3.1997.

<sup>25</sup> APA200, 10.3.1997.

<sup>26</sup> Ziel dieser Initiative war die Aufstellung eines multinationalen Eingreifverbandes, bestehend aus Kontingenten Deutschlands, Italiens, Sloweniens, der Schweiz, Ungarns und Österreichs. Übriggeblieben sind bislang lediglich Italien, Slowenien und Ungarn.

turen anerkannt, jedoch die vorgesehene ausschließliche italienische Kommandoführung und Dominanz im Hauptquartier zurückgewiesen. Der Ausschuß für Internationale Beziehungen im Parlament beauftragte vielmehr die Regierung, bei den noch ausstehenden Verhandlungen mit Italien und Ungarn für die Besetzung der Kommandofunktion ein Rotationsprinzip einzuführen.<sup>27</sup> Die anfangs offene Hinwendung Italiens zu Slowenien wurde von den slowenischen Medien denn auch durchgängig kritisch kommentiert. Insbesondere wurde an die aggressive Rolle Italiens unter Mussolini in den dreißiger und vierziger Jahren erinnert. Auch die Problematisierung der Beziehungen zu Deutschland aufgrund einer allzu engen Anlehnung an Italien wurde thematisiert.<sup>28</sup>

Andererseits hat sich das Schwergewicht der Zusammenarbeit zwischen Ungarn, Slowenien und Italien zunehmend auf wirtschafts- und verkehrspolitische Bereiche verlagert, ohne die militärischen Aspekte und den NATO-Bezug völlig preiszugeben. So werden neben dem Ausbau des europäischen Verkehrskorridors Nr. 5 diverse Kommunikationsprojekte entwickelt und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Bau einer Erdgasleitung vereinbart etc. Slowenien ist hier insofern Nutznießer der Situation, als die beträchtlichen Infrastrukturinvestitionen, welche etwa auch in Hinblick auf eine Einbeziehung Kroatiens ein erhebliches Potential aufweisen, bis auf weiters auf Slowenien – unter Umgehung Österreichs – fokussiert werden.<sup>29</sup>

Nach anfänglicher Enttäuschung über die Rückstufung im Erweiterungsprozeß und manifestester Erbitterung bezüglich der Position der USA, zeigte sich aber rasch, daß nicht Italien oder Frankreich, sondern die Vereinigten Staaten willens sind, den bestimmenden Einfluß nicht nur für die NATO-Erweiterung, sondern für die Entwicklung in der Region auszuüben.<sup>30</sup> In Slowenien setzte sich somit rasch die Überzeugung durch, daß vorrangig mit den USA das Gespräch über die NATO-Mitgliedschaft zu suchen ist. Keineswegs unproblematisch sind in diesem Kontext die amerikanischen Vorstellungen, Ljubljana bei der Rekonstruktion der politischen und wirtschaftlichen Ordnung im südslawischen Raum, aber auch in Südosteuropa generell eine konstruktive Rolle zuzuordnen. Aus slowenischer Sicht konterkariert dies die Bemühungen, sich aus der "Balkanvergangenheit" zu emanzipieren, und als "mitteleuropäisches" Land eine rasche Integration in die westlichen Institutionen, insbesondere EU und NATO, zu bewerkstelligen. So wurde die amerikanische Aufforderung, sich im Rahmen der Southeast European Cooperative Initiative (SECI) zu engagieren, mit wenig Begeisterung aufgenommen.<sup>31</sup> Die SECI wurde von den USA konzipiert und am 6. Dezember 1996 in Genf formal ins Leben gerufen und sollte nach ihren Statuten die Zusammenarbeit

---

<sup>27</sup> Slovenia: International Relations Committee advocates system of rotation in trilateral brigade, in: STA 14.5.1998.

<sup>28</sup> Ungarn, Italien, Slowenien. Treffen der Regierungschefs in Budapest, in: Archiv der Gegenwart vom 20. und 21.5.1997, S. 42032.

<sup>29</sup> Neue trilaterale Achse in Österreichs Süden, in: Die Presse, 6.2.1997.

<sup>30</sup> Daniel N. Nelson and Thomas Szayna, NATO's Metamorphosis, a.a.O., S. 42ff.

<sup>31</sup> Außenminister Thaler erklärte etwa im Juli 1997 dezidiert, daß Slowenien keinerlei politisches Interesse an der SECI habe. Thaler, My conscience on NATO clear; SECI not in Slovenia's political interest, in: STA, 2.7.1997. Andreas Oplatka, Der stille NATO-Kandidat, in: NZZ, 29.1.1997.

der Staaten in der Region fördern sowie die Bestrebungen der Staaten der Region zur Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß unterstützen.<sup>32</sup> So findet sich denn auch im ersten Arbeitsjahr kein einziges Projekt, an dem Slowenien federführend beteiligt ist.<sup>33</sup> Aber auch an einer Teilnahme an dem insbesondere von Rumänien forcierten "Peace-Keeping-Verband" (Multinational Peace Force South-Eastern Europe), der vorrangig südosteuropäische Staaten umfassen soll und der 1998 erste Konturen annahm, zeigt man in Ljubljana wenig Interesse.<sup>34</sup>

Aus slowenischer Sicht haben die direkte Kooperation mit der NATO bzw. die regionalen militärischen Kooperationen Priorität, welche den NATO-Osterweiterungsprozeß insofern abfedern, als sie die militärische Kooperation im Sinne der amerikanischen Vorstellungen zwischen NATO- und Nicht-NATO-Staaten verdichten sollen. Sicherheitspolitische Inhomogenitäten würden dadurch weitgehend vermieden.<sup>35</sup>

Die Frage der slowenischen NATO-Mitgliedschaft besitzt allerdings auch nach Madrid eine nicht unerhebliche Relevanz für die Strukturierung der NATO in dieser Region. So wurde die vielfach diskutierte Frage der Zuordnung Ungarns zu einem der beiden NATO-Regionalkommandos, Süd oder Nord, eben wegen des Fehlens der Landbrücke offiziell bis zuletzt offen gehalten. Mangels eines militärischen offensiven Bedrohungspotentials von strategisch-operativer Qualität wurde seitens der NATO immer wieder argumentiert, daß Verstärkungsoperationen nach Ungarn in einem Szenario, das einen Anlaß zur Bündnisverteidigung in dieser Region bedeuten könnte, auf absehbare Zeit praktisch ausgeschlossen werden können. Zudem wäre die NATO in der Lage, eine Verstärkung auch aus der Luft zu gewährleisten – mit Verweis auf die Luftbrücke nach West-Berlin in den späten vierziger Jahren – und schließlich könne auch das Verhalten Österreichs, etwa die Gewährung von Durchmarschrechten, keinesfalls präjudiziert werden. Vielfach wird davon ausgegangen, daß Österreich bei einer substantiellen Bedrohung in Ostmitteleuropa, was schließlich auch zu einer unmittelbaren Bedrohung des Landes führen könnte, der NATO die erforderlichen Transitrechte einräumen würde.<sup>36</sup>

Aus der Perspektive des Sommer 1998 scheint es, als würde Österreich für Slowenien, was den NATO-Beitritt betrifft, zunehmend zu einem wesentlich mitbestimmenden Faktor; dies unter der Prämisse, daß NATO-Reform und NATO-Erweiterung in einer nächsten Erweiterungsrunde unmittelbar verknüpft werden dürften. Denn es scheint überaus fraglich, ob eine

---

<sup>32</sup> Southeastern European Cooperative Initiative. Statement of Purpose, in: [http://www.unece.org/seci/seci\\_sop.htm](http://www.unece.org/seci/seci_sop.htm). Zu den Gründungsstaaten zählten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Mazedonien (FYROM), Griechenland, Ungarn, Moldawien, Rumänien, Kroatien und Slowenien.

<sup>33</sup> Southeast European Cooperative Initiative. Activity Report – 1997, in: <http://www.unece.org/seci/anrpt.htm>.

<sup>34</sup> Gespräche im slowenischen Verteidigungsministerium im September 1998.

<sup>35</sup> In diesem Kontext ist insbesondere die Central European Nations Cooperation in Peace Support (CENCOOP) zu sehen.

<sup>36</sup> Peter Schmidt, Die Atlantische Allianz und Österreich – Perspektiven des Beitrittes, in: Informationen zur Sicherheitspolitik (hg. von der Landesverteidigungsakademie, Wien) Nr. 2/1997, S. 9.

nächste Erweiterung realisiert werden kann, ohne schon im Vorhinein die Umgliederung der Befehlsbereiche abgeschlossen und die Beschlüsse über die Aufstellung von Combined Joint Task Forces realisiert zu haben.<sup>37</sup> Sollte sich Österreich zu einem NATO-Beitrittsgesuch entschließen und diesem seitens der NATO rasch entsprochen werden, könnte dies bedeuten, daß Österreich wie auch Ungarn und Slowenien noch dem Führungsbereich Nord zugeschlagen werden. Tritt Österreich der NATO nicht zeitgerecht bei, ist eine Zuordnung Ungarns zum Führungsbereich Süd denkbar und damit zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise auch Österreichs, falls es sich zu einem Beitritt entschließt. Für Slowenien dürfte eine Zuordnung Ungarns zum Führungsbereich Süd jedenfalls von präjudizierender Wirkung sein und ebenfalls eine spätere Zuordnung zum Führungsbereich Süd bedeuten.

### **3. Sloweniens Strategie zur Integration in die NATO**

Angesichts der politisch-strategischen Positionierung Sloweniens zeigte sich nach Erreichung der Unabhängigkeit sehr rasch, daß eine Einbettung Sloweniens in die westlichen Bündnis-systeme einen erheblichen Sicherheitsgewinn bringen würde. Dem Betrachter von außen treten die Aktivitäten Sloweniens zur Integration in die NATO als relativ konsistente Strategie entgegen, wohingegen der Blick von innen ein durchaus differenziertes Bild ermöglicht. Anton Grizold, einer der führenden sicherheitspolitischen Publizisten Sloweniens, stellt in seiner jüngsten Publikation dar, daß die wesentlichen Entscheidungen zur Sicherheitspolitik, so auch die Absicht, der NATO beizutreten, vielfach aus der tagespolitischen Aktualität heraus zu erklären sind und erst relativ spät von einem parteiübergreifenden Konsens getragen wurden. Die Idee einer – damals utopischen – NATO-Mitgliedschaft kam erstmals Ende 1991 auf, als noch andere sicherheitspolitische Optionen wie die bewaffnete oder auch unbewaffnete Neutralität im Vordergrund standen.<sup>38</sup> Aus dem damaligen Verständnis der NATO als einer reinen Militärorganisation fand die Befassung mit ihr anfänglich praktisch ausschließlich im Verteidigungsministerium statt und war somit die Domäne des jeweiligen Verteidigungsministers. Im Laufe der Zeit, vor allem angesichts des fortschreitenden Krieges in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, kristallisierte sich jedoch unter den politischen Eliten die Meinung heraus, daß die Integration in die NATO der beste Weg zur Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen der Republik sei.

So wurde vom slowenischen Parlament nach ersten zögernden Kontakten mit der NATO im Zeitraum von 1991 bis 1993 im Dezember 1993 eine Resolution über die Grundprinzipien der nationalen Sicherheit der Republik Sloweniens beschlossen, die als erstes offizielles Dokument eine Formalisierung der Kooperation mit der NATO brachte. Nach Unterzeichnung des "Partnership for Peace Framework Document" im März 1994 erfolgte die Übergabe des "Presentation Document" an die NATO am 20. Juli 1994 und die Vorlage des

---

<sup>37</sup> Erich Reiter, Zum Problem der NATO-Erweiterung, a.a.O. S. 60.

<sup>38</sup> Anton Grizold und Ljubica Jelušić, Slovenian Security in a European Perspective, in: Security in Central and Eastern Europe Problems – Perceptions – Policies. (Hg.) Austrian Institute for International Affairs, Final Report to Brussels, Oktober 1998.

ersten "Individual Partnership Programme" (IPP) im Jahr 1995.<sup>39</sup> Was die rein militärischen Kooperationsbereiche betraf, sah das "Presentation Document" die Durchführung gemeinsamer Übungen, die Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren insbesondere im NATO-Bereich und die Ausbildung von Experten für den Zivilschutz in Slowenien vor. Besonders hervorgehoben wurde Sloweniens Interesse an Friedensoperationen, wobei gemeinsame Ausbildungsprogramme, die Aufstellung eines Verbandes für internationale Einsätze und die logistische Unterstützung für Friedensoperationen in Aussicht gestellt wurden. Im IPP bot Slowenien auf dem "Presentation Document" aufbauend die Nutzung der Alpenschule in Bohinjka Bela für Truppen aus dem NATO-Bereich, die Nutzung der Ausbildungszentren in Polče und Ig, die mögliche Bereitstellung einer Einheit für Katastrophenhilfe und die Forschungskapazitäten des "Center for Strategic Studies" an. Mittlerweile liegt nach dem IPP 1997-1999 die aktualisierte Variante, das IPP 1998-2000 vor. Letzteres hebt die teilweise Aufstellung des 10. Bataillons, des für internationale Einsätze vorgesehenen Verbandes, besonders hervor und bietet über die im IPP 1995 genannte Infrastruktur hinaus den Flughafen in Cerklje und das Hauptquartier der Militärschulen für die Kooperation im Rahmen von PfP an. In den 21 konkreten Kooperationsbereichen sind für das Jahr 1998 273 Aktivitäten vorgesehen.

Nach diversen weiteren Integrations- und Kooperationsschritten wie der Vollmitgliedschaft im NATO-Kooperationsrat (NACC) im April 1996 beschloß das Parlament ebenfalls im gleichen Monat eine Resolution, in der die Wahrung der fundamentalen Sicherheitsinteressen Sloweniens innerhalb eines Systems kollektiver Verteidigung, welche durch die NATO-Mitgliedschaft gewährleistet wäre, gefordert wurde.<sup>40</sup> Spätestens ab diesem Zeitpunkt kann von einem klar artikulierten breiten politischen Konsens über die Grundlagen der slowenischen Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen werden, die als Priorität den NATO-Beitritt zum Ziel hat. Im Februar 1998 wurde die "Nationale Strategie für die Integration der Republik Slowenien in die NATO" vorgelegt, welche noch im März im NATO-Hauptquartier präsentiert wurde.<sup>41</sup> Nach einer Sprachregelung im politischen Establishment Sloweniens werden die Integrationsbemühungen des Landes unabhängig von der Entscheidung in Madrid weiter forciert.<sup>42</sup> In Ljubljana wird versucht, der Madrider Entscheidung auch positive Seiten abzugewinnen. So gäben die zum Beitritt eingeladenen Staaten Ungarn, Tschechien und Polen schließlich auch ein gutes Beispiel dafür ab, daß sich die internen Reformen in Streitkräften und Politik, aber auch die wirtschaftlichen Bemühungen bezahlt machen. Nun gelte es für Slowenien, diesen Weg unbeirrt fortzusetzen; schließlich würden Slowenien und Rumänien im Madrider Dokument auch explizit erwähnt. Neben der Forcierung des

---

<sup>39</sup> Gorazd Vidrih, The Slovene Individual Partnership Programme within Partnership for Peace, in: Igor Kotnik (Hg.), Slovenia and NATO, Ljubljana: Atlantic Council of Slovenia, 1995, S. 32-36.

<sup>40</sup> Anton Grizold, Slovenia's National Security in a New European Environment, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 12/1997, S. 12f.

<sup>41</sup> National Strategy for Integration of the Republic of Slovenia into NATO, adopted by the Government of the Republic of Slovenia on 26. February 1998.

<sup>42</sup> Gespräch mit dem Staatssekretär im slowenischen Verteidigungsministerium, Teodor Geršak, im September 1997 in Wien.

Reformkurses gelte es aber auch, die Beitrittsqualifikationen noch transparenter zu machen und zugleich, komplementär zu den NATO-Integrationsbestrebungen, Maßnahmen für einen baldigen EU-Beitritt, möglichst schon in der ersten "Erweiterungsrunde", zu ergreifen.<sup>43</sup>

Die "Nationale Strategie für die Integration der Republik Slowenien in die NATO" ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie trotz oder gerade wegen der Rückstufung beim NATO-Erweiterungsgipfel in Madrid zustande kam. Insofern ist sie in gewisser Weise eine Zusammenfassung und Komplettierung aller bisherigen Überlegungen und besitzt einen längerfristigen Richtliniencharakter, wengleich eine umfassende nationale Sicherheitsdoktrin aufgrund administrativer Schwierigkeiten und politischer Versäumnisse noch aussteht.<sup>44</sup> So befanden sich im Sommer 1998 etwa die Doktrin über die Zivilverteidigung, die Nationale Sicherheitsstrategie und das Konzept für die Transformation und Entwicklung der SSK in Vorbereitung oder in der parlamentarischen Debatte. Am Beginn der "Nationalen Strategie für die Integration der Republik Slowenien in die NATO" werden in Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten und langfristigen Interessen die Zielsetzungen der slowenischen Außen- und Sicherheitspolitik formuliert.<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> Ivan Hostnik, Der Verlauf der innenpolitischen Diskussion in Slowenien bezüglich der NATO-Beitrittsfrage, a.a.O., S. 29.

<sup>44</sup> Grizold/Jelušić, a.a.O.

<sup>45</sup> Ebd., S. 3.

- Die Stärkung der internationalen Position Sloweniens,
- stabile und gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den Ländern in der unmittelbaren Umgebung,
- die volle Mitgliedschaft in der EU,
- die volle Mitgliedschaft in der NATO und der WEU,
- eine aktive Rolle in der UNO, der OSZE, der WTO, der CEFTA und der EFTA,
- eine möglichst enge Kooperation mit den Ländern Zentraleuropas innerhalb der CEI<sup>46</sup> und im Rahmen der trilateralen Kooperation (Italien, Slowenien und Ungarn) und
- eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation.

Explizit wird im Text die Vollmitgliedschaft in der NATO als das wichtigste strategische Ziel im Kontext der Verfolgung der außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen genannt, weil dadurch

- die Sicherheit der Republik Slowenien gewährleistet wird und dies zur längerfristigen Entwicklung der Republik beitragen würde,
- Slowenien in den Sicherheits- und politischen Verbund der am meisten entwickelten Länder Europas und Nordamerikas integriert würde,
- die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und Kooperation Sloweniens mit den anderen NATO-Staaten gefördert würde,
- der politische Stellenwert und die rechtliche Stellung Sloweniens in Europa und in der Welt gestärkt würde und
- die internationale Identität Sloweniens als demokratisches, friedliches, dem Integrationsprozeß verpflichtetes Land gefördert würde.

Mit dem Hinweis auf die stabilisierende Rolle der NATO in Bosnien-Herzegowina wird die Effizienz und die Führungsrolle der USA in der "einzigsten effizienten Organisation für die kollektive Sicherheit in der existierenden europäischen Sicherheitsarchitektur" herausgestrichen.<sup>47</sup> Insbesondere wird auch auf die in Zukunft entscheidende Rolle der NATO bei der Durchführung von "Out of Area-Operationen" hingewiesen. Die "Nationale Strategie" führt ferner die slowenische Sicht der Rolle von OSZE, WEU und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union aus sowie die Vorstellungen, wie Slowenien daran künftig mitzuwirken gedenkt. Besonders hervorgehoben wird hierbei die komplementäre Rolle der OSZE wie auch der WEU im Verhältnis zur NATO, um dann noch einmal die gegenwärtige Funktion der NATO im europäischen Sicherheitssystem zu beschreiben.

---

<sup>46</sup> Zielsetzungen der Central European Initiative, die derzeit 15 zentraleuropäische Staaten umfaßt, sind die Verstärkung der regionalen Kooperation und die Unterstützung der ökonomischen Transformation in den Reformstaaten.

<sup>47</sup> Ebd., S. 4.

Von besonderem Interesse ist der Punkt 4. der "Nationalen Strategie zur Integration der Republik Slowenien in die NATO", die "Strategischen Aktivitäten der Republik Slowenien zum NATO-Beitritt 1998-1999".<sup>48</sup> Hierin werden zunächst die Maßnahmen beschrieben, mit denen Slowenien die Kriterien für einen NATO-Beitritt zu erfüllen gedenkt:

- Stärkung des demokratischen Systems, Verbesserung der demokratischen Standards und Fortsetzung des Privatisierungsprozesses;
- Fortsetzung des ökonomischen Reformprozesses, Festigung der Marktwirtschaft und Liberalisierung des Außenhandelsregimes (eine Auflistung der Angleichung der Gesetze und Verordnungen an die EU ist in der "Strategie der Republik Slowenien zum Beitritt zur Europäischen Union" enthalten);
- Aufrechterhaltung eines hohen Standards an Menschenrechten sowie der verfassungsmäßig verankerte Minderheitenschutz;
- Festigung der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte (die Fortsetzung des Reformprozesses, Anpassung der Gesetzgebung, entsprechende Implementierung der existierenden verfassungsmäßigen und gesetzmäßigen Bestimmungen bezüglich der zivilen Kontrolle über die Streitkräfte. Änderungen des Gesetzes über die Verteidigung und des Gesetzes über den slowenischen Nachrichtendienst sind in Bearbeitung);
- Vertiefung der gutnachbarlichen Kooperation und vorrangige Lösung offener Fragen mit den Nachbarstaaten.

In Punkt 4.1. werden die außenpolitischen Aktivitäten aufgelistet, wie z.B. intensiver Informationsaustausch mit den drei Beitrittskandidaten, Fortsetzung des "Individual Dialogue" mit der NATO, verdichteter Datenaustausch und eine entsprechende Informationspolitik, Dialog mit den NATO-Mitgliedstaaten, Durchführung einer "Individual Campaign" zur Herbeiführung einer Einladung an Slowenien durch die NATO, verstärkte Kooperation im Rahmen der PfP und des EAPC, Harmonisierung der Gesetzgebung mit NATO- und EU-Standards, intensive Befassung mit der Sicherheitslage in Südosteuropa sowie Beteiligung an Initiativen zur Stabilisierung der Region, Bildung von Einheiten zur internationalen Kooperation und zur Entsprechung der Erfordernisse der trilateralen und multilateralen Kooperation, Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen in Europa und Kandidatur Sloweniens zur Durchführung einer Sitzung der Nordatlantischen Versammlung in Slowenien nach dem Jahr 2000.<sup>49</sup>

Das Dokument gibt Aufschluß über die grundlegenden Reformschritte in der Armee (siehe unten), Aktivitäten im Bereich der Informationspolitik und abschließend im Finanzierungsbereich. Hier wird eine Analyse über die Kosten eines NATO-Beitritts unter Einschluß aller direkten und indirekten Kosten bis Dezember 1998 angekündigt und die Absicht geäußert, bis zum Jahr 2003 einen Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 2,3 % des Bruttosozialproduktes sicherzustellen mit dem Hinweis, daß die drei Beitrittskandidaten angehalten wurden, ihre Verteidigungsausgaben mit einer jährlichen Steigerungsrate von 0,1 % auf 2,5 % des Brutto-

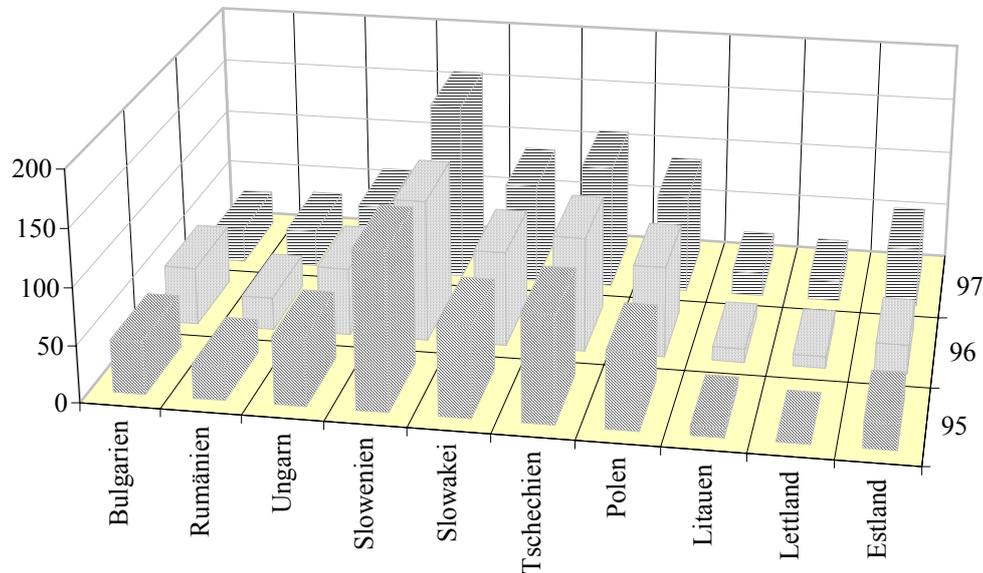
---

<sup>48</sup> Ebd., S. 18f.

<sup>49</sup> Ebd., S. 19f.

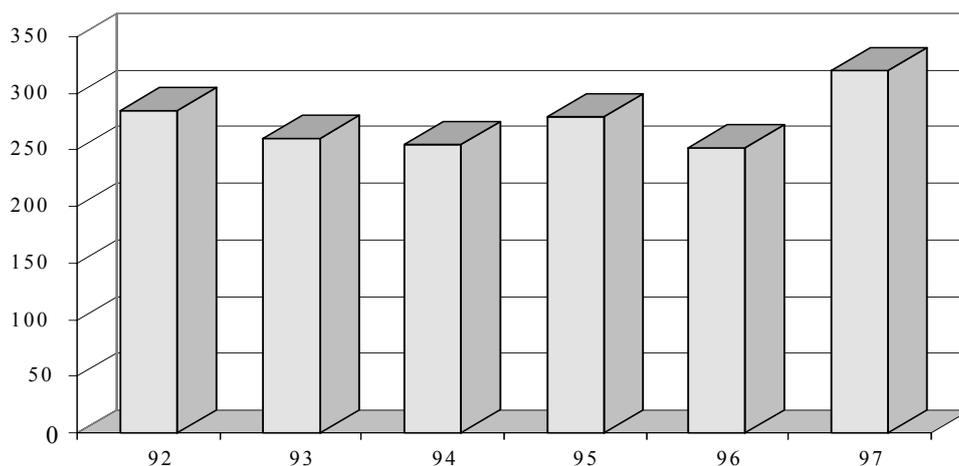
sozialproduktes zu heben.<sup>50</sup> Bis Ende Februar 1999 soll schließlich ein umfassendes Weißbuch über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Sloweniens fertiggestellt werden.

Verteidigungsbudgets  
Ausgaben osteuropäischer Länder in US-\$/Einwohner



Quellen: Gustav E. Gustenau: "Military Implications of NATO-Enlargement", in: Security in Central and Eastern Europe Problems – Perceptions – Policies. Austrian Institute for International Affairs (Hg.), Final Report to Brussels, Oktober 1998.

Verteidigungsausgaben der Republik Slowenien  
Aufwendungen Sloweniens von 1992 bis 1997 in Millionen US-\$



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

<sup>50</sup> Ebd., S. 22.

### 3.1 Die "militärische Verteidigungsstrategie" der Republik Slowenien

Die "Militärische Verteidigungsstrategie" ist als Militärdoktrin zu verstehen, welche die aus dem Jahr 1995 stammende Militärdoktrin ablöst und zusammen mit der erst zu erstellenden Doktrin für Zivilverteidigung die eigentliche "Verteidigungsstrategie" ergibt.<sup>51</sup> Sie wurde im April 1998 beschlossen und Anfang Mai im NATO-Hauptquartier präsentiert.<sup>52</sup> Die neue Doktrin nimmt wesentlich stärker auf die beabsichtigte Vollmitgliedschaft in der NATO Bezug. Unter den vorrangigen Zielsetzungen der militärischen Verteidigung nennt sie:<sup>53</sup>

- Prävention jeglicher Aggression gegen Slowenien und die Gewährleistung der Abwehr von militärischen Bedrohungen;
- Stärkung der Verteidigungskapazitäten Sloweniens durch Vollmitgliedschaft in der NATO und der WEU;
- Teilnahme der slowenischen Streitkräfte an internationalen militärischen Aktivitäten zur Wahrung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität und zur Herausbildung einer kollektiven europäischen Sicherheit.

Daraus ergeben sich weitere Elemente der Militärstrategie, so unter anderem die Fähigkeit der SSK, nach 1999 mit dem Combined Joint Task Force (CJTF)- Konzept der NATO kompatibel zu sein, und – nach einem vollzogenen Beitritt – die Fähigkeit, in der kollektiven Verteidigung mitzuwirken. Dazu müssen die Interoperabilitätskriterien der NATO erfüllt werden, wozu organisatorische und Verfahrenskriterien zählen, logistische Standards und Sprachkenntnisse. Insbesondere sollen die SSK nach dem NATO-Modell strukturiert werden in: Rapid Reaction Forces (RRF), Main Defence Forces (MDF) und Support Defence Forces (SDF).<sup>54</sup> Die RRF und MDF bilden die operativen Kräfte, wohingegen die SDF als territoriale Kräfte anzusehen sind. Die RRF sollen als Mehrzweck-Verbände organisiert werden, befähigt, im gesamten Staatsgebiet zu operieren und an Friedensoperationen teilzunehmen. Die MDF bilden den größten Teil der SSK, bestehend aus Berufssoldaten, Wehrpflichtigen und Reservisten, die ebenfalls auf dem gesamten Territorium zum Einsatz kommen sollen. Sie müssen rund ein Drittel der Friedensstruktur umfassen und werden wesentlich für die Wehrpflichtigenausbildung verantwortlich sein. RRF und MDF müssen in der Lage sein, gemeinsam mit der NATO zu operieren. Die SDF bestehen aus Reservekräften mit unterschiedlichster Struktur und Aufgabenstellung (Kampf- und Logistikaufgaben, etc.). Sie werden bis zur Bataillonsebene organisiert und sind territorial gebunden.

---

<sup>51</sup> Die alte, aus dem Jahr 1995 stammende Verteidigungsdoktrin basiert auf den Verfassungsbestimmungen aus dem Jahr 1991, in der u.a. die Wehrpflicht für alle männlichen Staatsbürger festgelegt wurde, der Resolution über die Prinzipien der Nationalen Sicherheit (Amtsblatt der RS, Nr. 71/1993), mit einer Aufgabefestlegung für die SSK, und dem Verteidigungsgesetz (Amtsblatt der RS, Nr. 82/1994), die in Teilen die Doktrin 1995 vorwegnahm. Die Doktrin 1995 war das erste militärische Dokument, das auf die politische Entscheidung hinsichtlich des beabsichtigten NATO-Beitritts Bezug nahm.

<sup>52</sup> The Military Defence Strategy of the Republic of Slovenia. Let us reform and prepare for the challenges and dangers of the 21st century. Ljubljana, April 1998.

<sup>53</sup> Ebd., S.6.

<sup>54</sup> Ebd.

Die Leistungsfähigkeit der SSK muß wesentlich erweitert werden, wobei die Strukturanpassungen seit 1991 herausragend sind. War damals die Territorialverteidigung jugoslawischen Zuschnitts, im wesentlichen ohne schwere Waffen, nach dem Territorialprinzip organisiert, ohne operative Beweglichkeit und lediglich zur Kleinkriegsführung befähigt, so galt es in den Folgejahren, eine Art "Raumverteidigung" zu entwickeln, die territoriale, statische und bewegliche taktische Elemente miteinander verband. Dieses Verfahren war dem österreichischen Modell der "Raumverteidigung", welches über die achtziger Jahre Gültigkeit hatte, keineswegs unähnlich.<sup>55</sup> Sukzessive wird nun versucht, für die SSK ein Mindestmaß an operativer Beweglichkeit zu entwickeln. Derzeit ist jedoch das Verhältnis von Territorialkräften zu mobilen Kräften immer noch 67 % zu 32 %. Die territoriale Komponente besteht zu 85 % aus Reservisten.<sup>56</sup>

Zu den wesentlichsten organisatorischen und operativen Leistungsparametern führt die Militärstrategie nunmehr aus: die Fähigkeit der SSK, auf dem gesamten Staatsgebiet zu operieren, eine modulare Struktur der SSK, Beweglichkeit, die Fähigkeit zur Schwergewichtsbildung, Flexibilität und die Fähigkeit zur Mitwirkung in Bündnissen (also Kompatibilität und Interoperabilität).<sup>57</sup> Dementsprechend sind auch die Führungsebenen sowie deren Kompetenzen klar zu definieren. Dem Generalstab der SSK fällt die strategische Führung zu, ihm untergeordnet werden die operativen Kommandos, das Kommando der RRF sowie diverse unmittelbar geführte Verbände. Insbesondere der Generalstab und die operativen Kommandos müssen in der Lage sein, an internationalen Operationen vor allem im Rahmen der NATO teilzunehmen.

Die Reorganisation der SSK soll nach Planungen des Generalstabes in drei Phasen ablaufen.<sup>58</sup> Zunächst soll in einer Übergangsperiode im Zeitraum 1998 bis 1999 die aktuelle Kommandostruktur reformiert bzw. weitere Maßnahmen für die folgenden Reorganisationsschritte gesetzt und entsprechende Änderungen im Wehrgesetz wie auch im grundlegenden Entwicklungsprogramm für die SSK vorgenommen werden. In der mittelfristigen Periode von 1999 bis 2003 soll die neue Organisation der Truppe eingenommen, die RRF aufgestellt, die Kampfbrigaden aufgefüllt, die Transformierung der Territorialkräfte in die SDF durchgeführt und das Versorgungssystem gewechselt werden. Die gravierendsten Veränderungen stehen somit in diesem Zeitraum an. Über die langfristige Periode von 2003 bis 2010 werden derzeit kaum Angaben gemacht, hängen diese Maßnahmen doch unmittelbar von der tatsächlichen NATO-Mitgliedschaft ab.

### **3.2 Reform der Slowenischen Streitkräfte (SSK)**

Die neuen Herausforderungen für die SSK wie Friedenserhaltung, Beitrag zur internationalen Friedenssicherung und Kriegsverhinderung erfordern Strukturen, über welche die SSK derzeit nur in Ansätzen verfügen. Die Änderungen gehen mit den in Kapitel 4 und 5 der

---

<sup>55</sup> Gustav E. Gustenau, Zur Sicherheitspolitik der Republik Slowenien, a.a.O.

<sup>56</sup> Gespräche im Generalstab der SSK im Mai 1998.

<sup>57</sup> Militärische Verteidigungsstrategie, a.a.O., S. 7.

<sup>58</sup> Gespräche im Generalstab der SSK im Mai 1998.

NATO-Erweiterungsstudie genannten Zielsetzungen der Streitkräfteadaption einher: Vorrang für die Kompatibilität und Interoperabilität der Streitkräfte generell, Einsatzfähigkeit der RRF sowie der Luftraumüberwachung und der Luftverteidigung.<sup>59</sup> Für die SSK ergeben sich Anpassungserfordernisse in folgenden Bereichen: Reduzierung des Gesamtumfanges der SSK, sukzessive Professionalisierung und Spezialisierung, Steigerung des Ausbildungsniveaus, Erhöhung der Mobilität und der Kampfkraft. Von besonderer Bedeutung ist die Schaffung einer logistischen Autonomie, da die SSK wie auch die einstige Territorialverteidigung logistisch noch immer vom kommunalen Einzugsgebiet und von der kommunalen Wirtschaft abhängig ist.<sup>60</sup> Die logistische Autonomie ist insbesondere für die RRF und MDF erforderlich.

Was die Reduzierung der Streitkräfte der SSK betrifft so soll die derzeitige Mobilmachungsstärke von 63.000 Mann bis zur Vollintegration in die NATO auf maximal 30.000 bis 35.000 Mann reduziert werden. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt es auch, die Struktur und das Führungsverfahren bis zur Brigadeebene sicherzustellen. Zwar konnte bis zum Jahr 1993 die Entwicklung der SSK bis zur Bataillonsebene offiziell abgeschlossen werden, die Einführung der Brigadeebene bereitet aber bislang große Schwierigkeiten. Unter den gegebenen Verhältnissen ist absehbar, daß eine Korpsstruktur praktisch nicht erreicht werden kann. Hierfür wären Kosten von etwa einer halben Milliarde US-Dollar sowie die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 9 Monate erforderlich.<sup>61</sup>

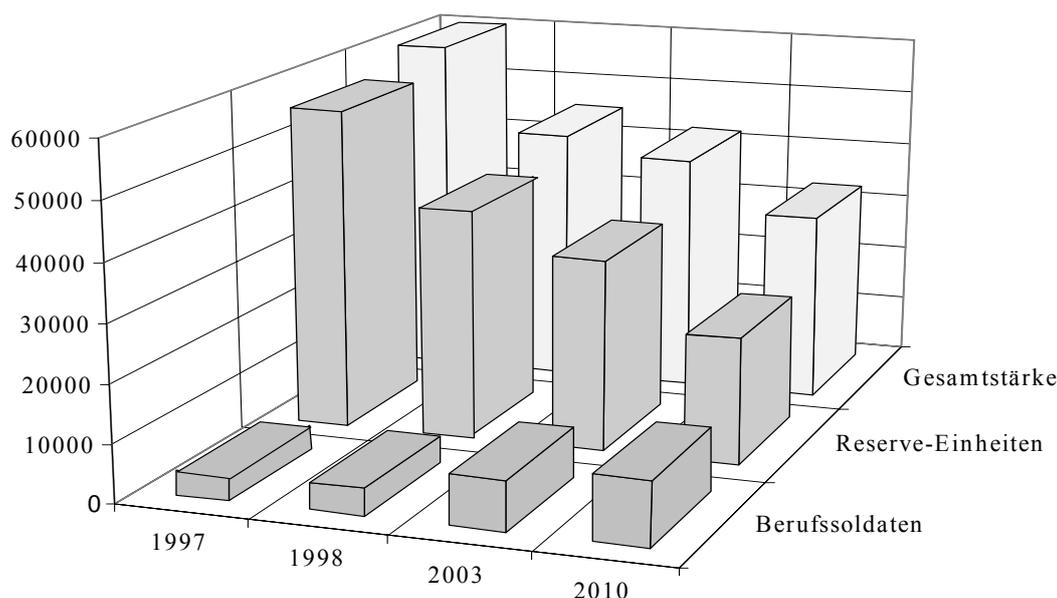
#### Streitkräfte der Republik Slowenien Prognostizierte Veränderungen in Stärke und Zusammensetzung

---

<sup>59</sup> Gustav E. Gustenau, *Military Implications of NATO Enlargement*, in: *Security in Central and Eastern Europe Problems – Perceptions – Policies*. (Hg.) Austrian Institute for International Affairs, Final Report to Brussels, Oktober 1998.

<sup>60</sup> Teodor Geršak, a.a.O., S. 19.

<sup>61</sup> Ebd., S. 22.



Quelle: Verteidigungsministerium Ljubljana.

Auch was das Wehrsystem betrifft, stehen gravierende Veränderungen an, die definitiv noch keineswegs entschieden sind. Slowenien beabsichtigt vorerst, bis zum Jahr 2010 eine sogenannte "Halb-Berufsarmee" zu schaffen, die in Friedenszeiten rund 11.000 Mann (30.000 bis 35.000 Mann Mobilmachungsstärke) umfassen würde.<sup>62</sup> Ob die allgemeine Wehrpflicht endgültig aufgehoben werden soll, darüber ist bislang noch kein Beschluß gefaßt worden. Für Slowenien gilt es als vorrangig, eine Professionalisierung vor allem für jene Verbände herbeizuführen, die für internationale Einsätze vorgesehen sind. Offen bleibt, wie sich künftig die Reservekräfte rekrutieren sollen. Derzeit ergeben sich aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht keine Probleme. Ob allerdings genug Rekruten auf freiwilliger Basis zur Verfügung stehen werden, die dann die Reserveverbände befüllen, ist überaus fraglich. Als Übergangslösung wäre denkbar, zwar einen freiwilligen Grundwehrdienst anzubieten, jedoch die bereits ausgebildeten Wehrpflichtigen als strategische Reserve zu behalten.<sup>63</sup>

Drastische Restrukturierungsmaßnahmen sind auch für den Verwaltungsbereich des Verteidigungsministeriums erforderlich. Doppelgleisigkeiten, Kommunikationsprobleme, unklare Kompetenzen etc. kennzeichnen die größtenteils vom alten jugoslawischen Staat übernommenen Strukturen. Im Zuge einer Reduzierung und Neustrukturierung sollen beispielsweise die Sektionen des Verteidigungsministeriums und der SSK neu gegliedert und mit neuen Funktionen betraut werden. Ziel ist es immerhin, das Verhältnis zwischen Truppe und Verwaltung so zu gestalten, daß auf einen Beschäftigten im Verteidigungsministerium

<sup>62</sup> Brigadier Marjan Grabnar, stellvertretender Generalstabschef der Streitkräfte Sloweniens, Die Errichtung von nationalen Militärsystemen zur Wahrung der politischen Stabilität und Sicherheit eines Staates, in: Studien und Berichte, Nr. 15/1998 (hg. von der Landesverteidigungsakademie); (befindet sich derzeit im Druck).

<sup>63</sup> Geršak, a.a.O.

statistisch mindestens 3,5 Soldaten entfallen.<sup>64</sup> Hinsichtlich des Verteidigungsministeriums wurde für den Herbst 1998 eine Reduzierung von vier auf zwei Sektionen, welche von einem Staatssekretär geführt werden, in Aussicht gestellt (I. Verteidigungspolitik inklusive Rüstungswesen, strategische Studien, Sanitätsdienst, Teile der Kommunikation und Zivilverteidigung sowie II. Budget, Finanzen und Logistik). Hinzukommen sollten allerdings direkt dem Minister nachgeordnet ein Generalsekretär mit der Kompetenz für Präsidial-, Rechts-, Personal- und Infrastrukturangelegenheiten. Der Nachrichtendienst soll nachgeordnet werden und das Kommando für die Schulen/Akademie wird dem Generalstab unterstellt. Das Planungsdirektorat für Zivilschutz wird gänzlich ausgegliedert und der Regierung direkt unterstellt.<sup>65</sup> Nach Ansicht mancher Verantwortungsträger im slowenischen Verteidigungsministerium gäbe es aber noch immer Probleme mit der NATO-Kompatibilität insofern, als sich im "zivilen" Verteidigungsministerium zu viele militärische Direktorate (Untereinheit der Sektionen) befänden. Demgegenüber wäre der Generalstab mit zuwenig Kompetenzen ausgestattet.<sup>66</sup>

Gegenwärtig sind die SSK noch derart gegliedert, daß in der Tradition der ehemaligen Territorialverteidigung dem Generalstab neben den neu hinzugekommenen Verbänden für Fliegerabwehr, Lufttransport, Luftraumüberwachung und Sondereinsätze ("Spezialbrigade Moris") insbesondere die Regionalkommandos nachgeordnet sind, welche sich wiederum in rund vier Infanteriebrigaden, vier Artilleriebataillone, einige Panzerabwehr- und mechanisierte Verbände sowie den Distriktskommandos gliedern. Künftighin ist für die SSK folgende Gliederung vorgesehen.<sup>67</sup> Dem Generalstab werden drei operative Kommandos als Divisionsäquivalent (Luftwaffe und Luftverteidigung sowie zwei operative Kommandos für die Landstreitkräfte), die RRF als Brigadeäquivalent, das aus zwei Bataillonen bestehen soll (derzeit nur das 10. Bataillon), ein Versorgungszentrum (Logistic Base) sowie drei kleine Verbände nachgeordnet. Den operativen Kommandos für die Landstreitkräfte (je eines in Postojna und Celje) sollen jeweils eine (möglicherweise auch zwei) mechanisierte Brigade, eine leichte Infanteriebrigade, sechs kleine Kampfunterstützungs- und Versorgungsverbände sowie drei bzw. vier Territorialkommanden unterstellt werden. Insgesamt werden die Territorialkommandos (Regionalkommandos) von derzeit sieben auf fünf (Kranj, Ajsevisa, Novo Mesto, Slovenske Konjice und Maribor) reduziert und die Distriktskommandos von derzeit 27 auf 19. Mit dieser Gliederung, die etwa ab dem Jahr 2003 eingenommen werden könnte, soll die volle NATO-Kompatibilität hergestellt werden. Von einer Korps-Gliederung wird derzeit abgesehen.

Für den Generalstab selbst trat mit Wirkung vom 15. September 1998 eine neue Gliederung in Kraft, wobei nunmehr zwei "Sektoren" geschaffen wurden. Der erste Sektor "Staff" (SG-1) ist das eigentliche Führungselement und umfaßt die NATO-üblichen G-1- bis G-6-Funktionen (Personnel, Intelligence, Operationstraining, Logistics, C4I). Der zweite Sektor "Special Staff

---

<sup>64</sup> Ebd., a.a.O.

<sup>65</sup> Gespräche im slowenischen Verteidigungsministerium im Oktober 1998.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Gespräche im slowenischen Generalstab im Oktober 1998.

(SG-2)/Training, Doctrine, Development" ist im wesentlichen ein Planungs- und Entwicklungsstab, der auch für die Entwicklung der Verfahren in den drei Teilstreitkräften zuständig ist.<sup>68</sup>

Insgesamt bedeuten diese Veränderungen eine radikale Umstellung der SSK in allen Bereichen, so neben der Organisation auch das Führungsverfahren im taktischen, operativen und strategischen Bereich. Abgesehen von der Geräteausstattung kommt im Bereich des Führungsverfahrens der Ausbildung des Kadets auf allen Ebenen die höchste Priorität zu, da hier de facto ein komplett neues Ausbildungswesen geschaffen werden mußte. Angesichts der beschränkten Ressourcen wird insbesondere bei der Offiziersausbildung eine enge Anlehnung an die Universitäten gesucht. So ist ein mindestens dreijähriges Studium an einer Universität mit einem entsprechenden Abschluß die Voraussetzung für eine Offizierslaufbahn, wobei die Offiziersausbildung mit einem Jahr eher kurz bemessen ist.<sup>69</sup> Insgesamt wird eine Orientierung am Ausbildungssystem der US-Streitkräfte gesucht und vor allem bei den höheren Offiziersfunktionen ist auch eine Ausbildung im westlichen Ausland vorgesehen (vor allem Stabsoffiziers- und Generalstabskurse).

### **3.3 Rüstungs- und Beschaffungsprogramme**

Mit rund 100 nicht gerade modernen Kampfpanzern, davon rund 50 M-84 und 53 T-55, welche von der ehemaligen Jugoslawischen Volksarmee (JVA) übernommen wurden, einigen wenigen Schützenpanzern und Artilleriegeschützen, kann den SSK nur bedingt das Leistungsprofil eines zur Operation befähigten Heereskörpers zugesprochen werden. Die ehemalige Territorialverteidigung war für die Führung eines Partisanenkampfes konzipiert, von der JVA konnte nur wenig Gerät zurückbehalten werden, das überdies schon damals veraltet war, und für eine Neubewaffnung war unter den Embargobedingungen und aufgrund der enormen Kosten nicht zu denken. Erst am 19. Juni 1996 wurde das gegen die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien verhängte Waffenembargo aufgehoben, wobei Ende August 1998 auch seitens der EU alle Embargobestimmungen gegenüber Slowenien aufgehoben wurden.<sup>70</sup> Die Rüstungs- und Beschaffungsprogramme stehen daher um so mehr unter den Primat der Schwergewichtsbildung im Kontext der Integration in die NATO, allerdings bot sich während der Zeit des Waffenembargos die Möglichkeit, mit Israel eine Rüstungskooperation einzuleiten. Israel war denn auch zunächst der bevorzugte Waffenlieferant für die SSK. In diesen Bereich fallen die Lieferung eines Patrouillenbootes, die Produktion der Artilleriesysteme sowie in Teilbereichen Radar- und Kommunikationssysteme.<sup>71</sup> Grundlage des aktuellen Entwicklungsprogramms ist ein Gesetz, welches von der slowenischen Regierung im Jahr 1994 erlassen wurde und das ein Investitionsprogramm bis zum Jahr 2003 vorsieht. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung sind in Slowenien auf absehbare Zeit keine massiven Erhöhungen des Verteidigungsbudgets bzw. Finanzierungen von aufwendigen

---

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Gespräche im slowenischen Generalstab im Oktober 1998.

<sup>70</sup> „Slovenia: EU cancels Arms Embargo for Slovenia“, in: STA, 26.8.1998.

<sup>71</sup> Gustenau/Jureković, a.a.O., S. 336f.

Waffensystemen möglich, so daß die Regierung außerbudgetäre Mittel bereitstellt, welche auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Diese Mittel, die auch als "Verteidigungstolar" bezeichnet werden, sollen für den Zeitraum 1994 bis 2003 rund eine Milliarde DM umfassen.<sup>72</sup> Die Investitionen sind in diesem Zeitraum auf folgende Bereiche konzentriert: den Aufbau einer effizienten Luftraumüberwachung und -verteidigung; die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien; die Modernisierung der Waffensysteme mit Schwergewicht bei der Panzerabwehr und der Artillerie; die Küstenverteidigung. Für Slowenien war es bis zur Aufhebung der Embargobestimmungen zwar nur bedingt möglich, über den Ankauf größerer Waffensysteme im Westen zu verhandeln, andererseits gab es gerade im Kontext der NATO-Beitrittsambitionen andere Prioritäten. So sind aus der Sicht der NATO, vor allem aber der USA, Fragen der Kompatibilität und der Interoperabilität, so etwa die Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Regional Air Space Management Initiative, absolut vorrangig.<sup>73</sup> Der Command-, Controll- und Communications-Bereich (C3) besitzt in diesem Kontext Priorität vor Waffensystemen im engeren Sinn. Mit Stand Ende 1998 liefen im Rahmen des zehnjährigen Investitionsprogrammes über 31 Projekte und rund die Hälfte der finanziellen Mittel war bereits ausgegeben. Zu den größten Projekten zählten C3-Projekte, die überwiegend mit den USA abgewickelt wurden. Im Kontext der Luftraumüberwachung wäre auch die Beschaffung von Kurz- und Langstrecken-Radarsystemen zu nennen.

Zu den aktuellen Projekten zählen ferner die Beschaffung von Trainings- bzw. Transport- und Verbindungsflugzeugen (PC 9) und weiteren Helikoptern (Bell).<sup>74</sup> Nach wie vor offen ist derzeit der Bereich der Fliegerabwehr, da die spätestens seit Anfang 1998 laufenden Gespräche zwischen dem slowenischen und dem deutschen Verteidigungsministerium über gemeinsame Beschaffungsprojekte noch kein Ergebnis brachten.<sup>75</sup> Im Vordergrund dürfte der mögliche Verkauf von Fliegerabwehrsystemen vom Typ GEPARD und ROLAND von der deutschen Bundeswehr an die SSK stehen. Die Geräteausstattung der Küstenverteidigung wird vorerst nur in einem Patrouillenboot bestehen; elektronische Überwachungssysteme bzw. Raketenabwehrsysteme sind, wenn überhaupt, erst im nächsten Investitionsprogramm zu projektieren. Zu den laufenden Vorhaben zählt auch der Zukauf von Panzerabwehrlenkwaffen mittlerer Reichweite sowie von Artilleriesystemen insbesondere der Kaliber 120 mm und 155 mm. Hier ist in weiterer Folge die Aufstellung eines zweiten Artilleriebataillons mit TN-90-Haubitzen (155 mm) vorgesehen. Auf Schwierigkeiten dürfte die Modernisierung der T-55-Kampfpanzer (Umrüstung auf 105 mm Kanonen) mit Hilfe slowakischer Technologie gestoßen sein.<sup>76</sup>

Für die Periode nach dem Jahr 2003 ist wiederum ein neues zehnjähriges Beschaffungsprogramm mit Sonderfinanzierung vorgesehen. In diesem Programm werden teilweise Projekte

---

<sup>72</sup> Gustenau/Jureković, a.a.O., S. 335.

<sup>73</sup> Gustav Gustenau, Military Implications of NATO Enlargement, a.a.O.

<sup>74</sup> AIR International, July 1997, S. 5.

<sup>75</sup> Sloweniens NATO-Ambitionen und parallele Rüstungsgeschäfte, in: APA064, 8.1.1998.

<sup>76</sup> Gespräche im slowenischen Generalstab im Oktober 1998.

des laufenden Programms fortgeführt bzw. neue aufgenommen, wie etwa ein Mittelstreckenradar oder die Küstenverteidigung. Da der Umfang für dieses neue Investitionsprogramm ebenfalls mit rund 1 Mrd. DM veranschlagt werden dürfte, wird die Beschaffung eines Kampfflugzeugs in diesem Kontext nicht möglich sein.<sup>77</sup> Im Zuge der Integration in die NATO dürfte ein Konsens darüber herbeigeführt worden sein, daß zwar die elektronische Komponente einer Luftverteidigung Priorität hat, nicht aber die Kampfflugzeuge, deren Beschaffungsvolumen das slowenische Budget bei weitem überfordern dürfte. Die Beschaffung von etwa 18 Kampfflugzeugen der vierten Generation würde etwa den Gesamtumfang des laufenden und des nächsten zehnjährigen Investitionsprogrammes ausmachen. Dennoch ist man sich zumindest im slowenischen Generalstab bewußt, daß zur Wahrung der minimalen Souveränitätsrechte die Beschaffung eines Kampfflugzeuges zwingend erforderlich ist. Es erscheint evident, daß gerade in diesem Bereich verschiedene Formen der internationalen Kooperation eine Lösung bringen können. Unabhängig davon, daß der slowenische Generalstab mit der Frage der Typenwahl beschäftigt ist,<sup>78</sup> werden im slowenischen Verteidigungsministerium diesbezüglich derzeit keine Initiativen gesetzt; man ist aber für Anstöße von außen völlig offen.

### **3.4 Beispiele internationaler Militärkooperation**

Es ist evident, daß Slowenien angesichts der beschränkten militärischen Kapazitäten hinsichtlich seiner internationalen Kooperationen klare Schwerpunkte setzen muß. Dies wurde insbesondere während der Gründungsphase der "Multinational Peace Force South-Eastern Europe" deutlich, eines Verbandes in Brigadestärke, der für UNO- oder OSZE- mandatierte NATO- oder WEU- Operationen zur Konfliktverhinderung bzw. für diverse Peace Support Operationen zur Verfügung stehen soll. Nach Unterzeichnung des "Letter of Intent" Ende Mai 1998 in Athen<sup>79</sup>, bei dem die politischen Grundprinzipien vereinbart wurden, konnte Ende September das militärische Grundsatzübereinkommen von folgenden Staaten unterzeichnet werden: Griechenland, Türkei, Italien, USA, Bulgarien, Rumänien, Albanien, Slowenien und Mazedonien. Schon Ende 1999 sollte der Verband in Teilen einsatzbereit sein.<sup>80</sup> In seiner west- und zentraleuropäischen Ausrichtung zeigte Slowenien jedoch wenig Neigung, sich bei dieser Initiative voll zu engagieren und nahm ebenso wie bei der "Stand By High Readiness Brigade" (SHIR BRIG) mit Kommando in Dänemark vorerst nur eine Beobachterrolle ein, wie dies im "Letter of Intent" festgehalten wurde.<sup>81</sup> Bei dieser Gelegenheit legte der slowenische Staatssekretär Bogdan Koprovnikar die slowenischen Prioritäten dar und führte die einzelnen schwergewichtsmäßigen Aktivitäten an.<sup>82</sup> Slowenien beabsichtigt im Rahmen

---

<sup>77</sup> Gespräche im slowenischen Verteidigungsministerium im Oktober 1998.

<sup>78</sup> F-16 „Fighting Falcon für Slowenien?“, in: Truppendienst, Nr. 3/1997, S. 276.

<sup>79</sup> „Albania: SE Europe Defence Undersecretaries agree on Balkan Peace-Keeping Force“, in: ANA Daily News Bulletin, 23.5.1998.

<sup>80</sup> „Greece: SE European Countries agree on regional Peacekeeping Force“, in: ANA Daily News Bulletin, 28.9.1998.

<sup>81</sup> Letter of Intent on Kreation of the Multinational Peace Force South-Eastern Europe, Tirana am 22.5.1998.

<sup>82</sup> Rede von Staatssekretär Bogdan Koprovnikar in Tirana am 22.5.1998.

von PfP an der intensivierten Kooperation mit Italien und Ungarn zur Etablierung der trilateralen Infanteriebrigade (Multinational Land Force, MLF) festzuhalten, die insbesondere unter schwierigen Witterungs- und Geländeverhältnissen in ganz Europa, mit Schwergewicht aber in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, zum Einsatz kommen soll. Die definitive Vereinbarung über die Bildung dieser Brigade erfolgte anlässlich einer Logistikübung ("Trilog 98") in der zweiten Aprilhälfte 1998 in Udine. Das Führungsverfahren über die Einsatzoptionen der MLF sollte noch im Laufe des Jahres 1998 im Rahmen einer technischen Übereinkunft fixiert werden.<sup>83</sup> Damit sollte auch die Frage der Zusammensetzung des Hauptquartiers (Lead Country Model) und der Sitz (Udine) festgelegt werden, ferner die Arbeits- und Kommandosprache (Englisch) und die endgültige Bezeichnung (MLF). Innerhalb der nationalen Bataillone verbleibt die jeweilige Landessprache als Befehlssprache (zur Problematik der italienischen Führungsrolle s.o.).

Eine andere multinationale militärische Kooperation ist die Central European Nations Cooperation in Peace Support (CENCOOP), deren Letter of Intent am 19. März 1998, ausgehend von einer österreichischen Initiative, von den Verteidigungsministern Österreichs, Ungarns, Rumäniens, der Slowakei und auch Sloweniens unterzeichnet wurde. Zweck dieser Kooperation ist die Verbesserung der Reaktionsmöglichkeiten der zentraleuropäischen Nationen im Falle der Teilnahme an Peace Support-Operationen. Die Verfahren und Doktrinen sollen angeglichen werden, wobei Operationen im Kontext der UN-Charta, Kapitel VI und VII gemäß der Begrifflichkeit der Friedensoperationen, wie sie die Agenda for Peace vorsieht sowie Operationen im Kontext von regionalen Abmachungen nach Kapitel VIII der UN Charta und humanitäre Operationen durchgeführt werden sollen.<sup>84</sup> Nicht unerheblich für das Engagement bei CENCOOP ist der Verweis auf Kapitel VIII der UN Charta. CENCOOP ist nach den PfP-Richtlinien konzipiert und soll einen Verband in Brigaderahmen darstellen, der mit einem gewissen Bereitschaftsgrad für UN- oder OSZE-mandatierte Friedensoperationen zur Verfügung stehen soll. Bis zum Jahr 2000 steht vorerst die Bereitstellung von Militärbeobachtern und Militärpolizisten für internationale Einsätze im Vordergrund, wobei etwa 80 Militärbeobachter kurzfristig einsetzbar sein sollen. Für dieses Jahr ist auch die erste gemeinsame Übung der CENCOOP-Staaten geplant.

Von besonderer Bedeutung ist die Teilnahme an aktuellen Friedensoperationen. Zu erwähnen wäre hier vor allem die Operation "Alba" im Frühjahr 1997, an der Slowenien mit einer kleinen Sanitätseinheit teilnahm. Ebenfalls mit vorerst geringer Stärke wurde eine Beteiligung bei UNFICYP, dem UNO-Verband in Zypern, beschlossen, wobei bis September 1998 ein Kontingent in Zugstärke (SICON III) als Teileinheit des österreichischen Kontingentes (AUSCON) eingesetzt werden sollte.<sup>85</sup> An der SFOR-Operation in Bosnien-Herzegowina ist Slowenien mit einer Transporthubschraubereinheit sowie mit Sanitätsdiensten beteiligt und im Sommer 1998 wurde die Entsendung eines Zuges der Militärpolizei erwogen, der im

---

<sup>83</sup> Slovenia: Multinational Land Force presented by Defence Minister Krapez and Chief of Staff Podbregar, in: STA, 19.5.1998.

<sup>84</sup> Letter of Intent concerning the Central European Nations Cooperation in Peace Support, Wien, 19.3.1998.

<sup>85</sup> „Slovenia: Third Contingent of Slovene Soldiers ready to leave for Cyprus“, in: STA, 21.9.1998.

Rahmen eines italienischen Militärpolizeibataillons eingesetzt werden soll.<sup>86</sup> Für April 1998 war darüber hinaus eine Beteiligung an UNTSO, einer UN-Beobachtermission im Nahen Osten vorgesehen. Ein spezielles Angebot von slowenischer Seite ist die Nutzung der Alpenschule der Armee im Rahmen des PfP-Programmes und die Aufstellung eines Entminungszentrums für das Minensuch- und -räumpersonal in Bosnien-Herzegowina.<sup>87</sup>

Neben den multilateralen Kooperationen verdichteten die SSK über die letzten Jahre auch die bilateralen Kooperationsformen, wobei die Prioritäten evident sind. Jüngeren Datums sind unter anderem ein Memorandum of Understanding, welches zwischen den Verteidigungsministern Sloweniens und dem Vereinigten Königreich im Oktober 1998 über eine Kooperation im Rüstungsbereich unterzeichnet wurde.<sup>88</sup> Zu nennen wäre insbesondere auch eine Kooperation zwischen den slowenischen und den US-Streitkräften im Rahmen des sogenannten "Army to Army" Programms, in dessen Rahmen Mitte Oktober das fünfte Treffen stattfand, das der amerikanischen Unterstützung bei der Umstrukturierung der slowenischen Streitkräfte gewidmet war.<sup>89</sup> Am 5. Oktober unterzeichneten die Verteidigungsminister Sloweniens und Ungarns ein bilaterales Abkommen über die militärische Kooperation, welches sowohl im Kontext der trilateralen Brigade als auch der unmittelbaren Beitrittsabsichten zur NATO stand. Der Verteidigungsminister Ungarns versicherte seinem Amtskollegen die volle Unterstützung bei Sloweniens Beitrittsabsichten, und umgekehrt könnten aus dem Beitrittsverfahren Ungarns für Slowenien wertvolle Erkenntnisse gezogen werden.<sup>90</sup>

Eines der wesentlichsten Mittel zur Evaluierung der Kompatibilität und Interoperabilität mit der NATO ist die Durchführung gemeinsamer Übungen. Allein 1998 nahmen die SSK an zahlreichen PfP-Übungen teil: "Co-operative Guard", "Co-operative Aura", "Co-operative Bear", "Strong Resolve '98", "Combined Endeavour" und "Cooperative Adventure Exchange '98".

Vom 18. bis zum 23. Mai 1998 fand in der Bucht von Koper die Übung "Divex '98" statt, die gemeinsam vom slowenischen Zivilschutz, den SSK und der U.S. Navy als PfP-Aktivität durchgeführt wurde. Übungszweck war die Suche nach Sprengkörpern auf dem Meeresboden sowie deren Deaktivierung. Im Vordergrund des Übungszwecks stand die Übernahme von entsprechenden Verfahren der U.S. Navy durch die SSK.<sup>91</sup>

Eine der größten NATO-PfP-Übungen des Jahres 1998 fand zwischen dem 14. November und dem 2. Dezember in Slowenien statt. Über 5.500 Soldaten aus acht NATO-Ländern und 10

---

<sup>86</sup> Slovenia: Government decides for more slovene soldiers in UNFICYP Peace-Keeping Missions, in: STA, 4.6.1998.

<sup>87</sup> Bogdan Koprivnikar, a.a.O.

<sup>88</sup> „UK: In Brief – UK-Slovenian MoU signed“, in: Jane’s Defence Weekly, 21.10.1998.

<sup>89</sup> „Slovene-American Meeting on Defence Cooperation ends“, in: STA, 20.10.1998.

<sup>90</sup> „Hungary, Slovenia sign Military Agreement“, in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans, 7.10.1998.

<sup>91</sup> Slovenia: Divex '98 – Joint Exercise of civil protection, Slovene Army and U.S. Navy, in: STA, 18.5.1998.

PfP-Ländern nahmen an der Übung "Cooperative Adventure Exchange 1998" teil, welche vom NATO-Kommando LANDSOUTH gemeinsam mit den SSK geplant und durchgeführt wurde. Die Übungsanlage entsprach einem Szenario, bei dem eine Peace-Keeping-Force der NATO im Auftrag der UNO einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu implementieren hatte.<sup>92</sup>

#### **4. Zur innenpolitischen Dimension der slowenischen NATO-Beitrittsabsichten**

Die Frage der innenpolitischen Akzeptanz des von der Regierung eingeschlagenen Pro-NATO-Kurses kann unter zwei Aspekten beleuchtet werden: zum einen der Positionierung der im Parlament vertretenen politischen Parteien und zum anderen der sozialwissenschaftlich nachvollziehbaren Einstellungen der Bürger Sloweniens. Die gegenwärtige Konstellation im slowenischen Parlament läßt auf einen überaus breiten Konsens in dieser Frage schließen.<sup>93</sup> Demnach stehen lediglich die "Vereinigte Liste der Sozialdemokraten" (sozialdemokratisch, links orientiert) und die "Slowenische Nationalpartei" (rechtsgerichtet, nationalistisch) einem NATO-Beitritt skeptisch gegenüber. Mit neun bzw. vier von insgesamt 90 Sitzen im slowenischen Parlament befinden sich diese beiden kleinen Oppositionsparteien jedenfalls in einer Minderheitsposition. Die Skepsis der "Vereinigten Liste der Sozialdemokraten" entzündet sich insbesondere am Informationsmangel über die slowenischen Verpflichtungen und die zu erwartenden Kosten. So wird insbesondere von der Regierung eine stärkere Berücksichtigung der slowenischen Interessen bei den Beitrittsverhandlungen gefordert. Lediglich das Frauenforum und das Jugendforum lehnen als Teilorganisationen dieser Partei den NATO-Beitritt definitiv ab. Die Slowenische Nationalpartei befürchtet zu hohe Kosten und Souveränitätsverluste im Zuge eines NATO-Beitritts. Andererseits wird auf die seit dem 2. Weltkrieg bestehende Verbindung mit den USA hingewiesen, da die slowenischen Partisanen auf der Seite der Alliierten gegen die deutsche Wehrmacht kämpften. Keine der beiden Parteien hat sich bislang definitiv gegen einen NATO-Beitritt ausgesprochen.<sup>94</sup> Für einen Beitritt zur WEU sprechen sich dagegen alle Parteien klar aus.

Trotz des weitgehenden Konsenses im politischen Establishment über die eingeschlagene NATO-Beitrittsstrategie kann davon ausgegangen werden, daß diese Frage in der Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition immer wieder instrumentalisiert wird. Mitte Oktober 1998 etwa sorgte eine Anfrage der NATO an die slowenische Regierung für Aufsehen, in der im Falle einer Intervention des Bündnisses im Kosovo um die Genehmigung von Überflugrechten ersucht wurde. Tatsächlich dürften diese von der Regierung auch prompt erteilt worden sein, was von der Slowenischen Nationalpartei scharf kritisiert wurde.<sup>95</sup> Die Argumentation der Slowenischen Nationalpartei richtete sich jedoch nicht direkt gegen die NATO, sondern gegen die Regierung, die nach Ansicht der Partei gegen den Willen des slo-

---

<sup>92</sup> „NATO Exercise in Slovenia“, in: STA, 10.11.1998.

<sup>93</sup> Grizold/Jelušić, a.a.O., S. 25ff.

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> APA470, 13.10.1998.

wenischen Volkes und unter Umgehung des Parlaments gehandelt habe. Abgestützt wurde die Argumentation auf eine Umfrage, in der sich über 70 Prozent der Slowenen gegen eine Teilnahme an einer Militäraktion im Kosovo ausgesprochen haben sollen.<sup>96</sup> Ob daraus tatsächlich eine ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen die Genehmigung von Überflugrechten abzuleiten war, ist eine andere Frage. Es zeigt sich aber, daß die Haltung Sloweniens zur NATO zumindest für politische Randgruppen jederzeit zur Kritik an den Regierungsparteien genutzt werden kann.

Für eine wesentlich breitere Diskussion in den Medien sorgte die Weigerung Sloweniens, die UNO-Initiative "Welt ohne Kernwaffen" zu unterstützen.<sup>97</sup> Dies war insbesondere deshalb bemerkenswert, da Slowenien selbst mit sieben anderen Staaten (darunter Schweden, Irland, Ägypten, Brasilien, Südafrika und Mexiko) während einer UNO-Generalversammlung bei einer Ministersitzung einen solchen Resolutionsentwurf beschlossen hatte.<sup>98</sup> Anfang November allerdings wurde slowenischen Regierungsvertretern anläßlich eines Besuchs in den USA klargemacht, daß diese Initiative in Widerspruch zur amerikanischen Verteidigungsdoktrin stehe und eine slowenische Unterstützung dieser Resolution daher nicht erwünscht sei.<sup>99</sup> Die Unterordnung der slowenischen Außenpolitik unter die amerikanischen Interessen stieß auf heftige Kritik in den slowenischen Medien, wobei die Tageszeitung "Delo" die Frage stellte, ob die Regierung nun für eine "Welt mit Kernwaffen" eintrete und ob sie im Namen der slowenischen Staatsbürger bereit wäre, NATO-Kernwaffen auf slowenischem Boden stationieren zu lassen. Andere Medien, etwa die Zeitung "Dnevnik", äußerten sich ähnlich kritisch, wobei insbesondere die "Sowohl-als-auch-Haltung" der Regierung angesichts der Beitrittsambitionen zur NATO beleuchtet wurde.<sup>100</sup>

Nicht so unproblematisch dürfte sich die Frage der Zustimmung zur NATO auf der Ebene der Einstellung der Bürger Sloweniens darstellen. In Slowenien selbst wird vielfach die Meinung vertreten, daß die Frage des NATO-Beitritts von den politischen Eliten weitgehend selbständig entschieden wurde.<sup>101</sup> Sie waren bislang nicht imstande, der Bevölkerung die politischen Vorteile eines Beitritts klar zu machen, geschweige denn eine systematische Kosten-/Nutzenanalyse in der Beitrittsfrage vorzulegen. Immerhin war im Zeitraum 1994 bis Ende 1996 in den Meinungsumfragen eine kontinuierlich wachsende Unterstützung für den Regierungskurs erkennbar.<sup>102</sup> Anfang 1997 unterstützten demnach rund 60 % der Bevölkerung einen NATO-Beitritt Sloweniens, wohingegen knapp 20 % sich dagegen aussprachen. Besonders bemerkenswert waren Umfragen, welche im Auftrag der slowenischen Regierung im März und Oktober 1997, also kurz vor und nach dem NATO-Gipfel in Madrid erstellt wurden. Demnach

---

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> APA556, 6.11.1998.

<sup>98</sup> M. Alioth, Acht Staaten fordern die nukleare Abrüstung, in: NZZ, 10.6.1998.

<sup>99</sup> Ebd.

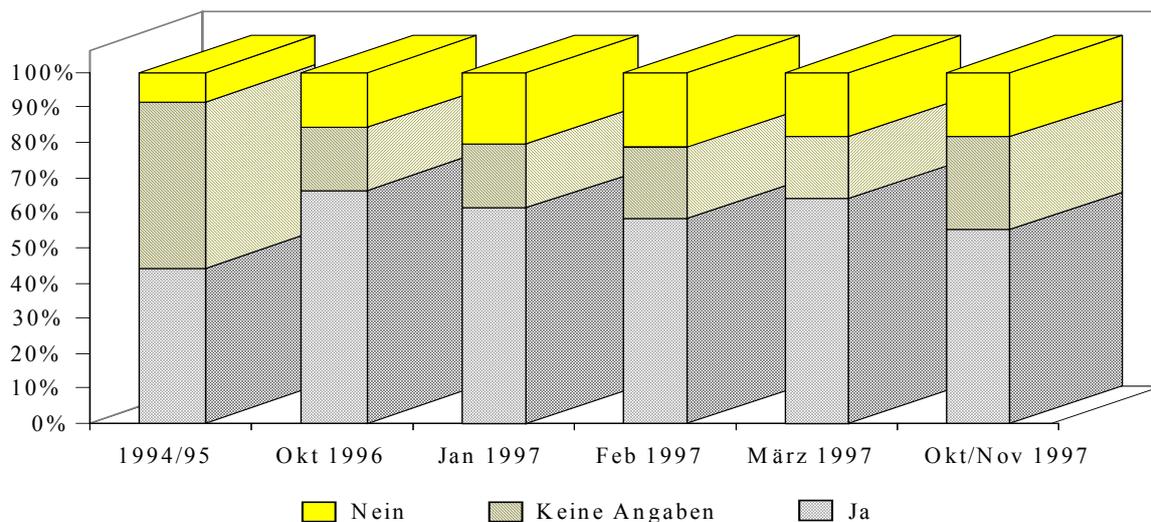
<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Beno Arnejcic, NATO Enlargement to the East and Value's Orientations Changes of the Slovenian Citizens, Ljubljana, 11.7.1998, Manuskript im Druck.

<sup>102</sup> Grizold/Jelušić, a.a.O., S. 37ff.

blieb die Anzahl der NATO-Befürworter nach der für Slowenien negativen Entscheidung in Madrid im großen und ganzen unverändert. Die 9 % Stimmenverluste bei den NATO-Befürwortern wirkten sich nicht zugunsten deren Gegner aus.<sup>103</sup> In einer Umfrage vom Januar 1995 über die Vor- und Nachteile eines NATO-Beitritts stach unter den Vorteilen besonders der Zugang zu modernen Waffensystemen und der erhöhte internationale Stellenwert Sloweniens hervor.<sup>104</sup> Gleichzeitig wurde aber auch die Einstellung der slowenischen Bürger zutage gebracht, daß die Bereitschaft zur Übernahme der Lasten und Pflichten einer NATO-Mitgliedschaft eher begrenzt ist.

Zustimmung der slowenischen Bevölkerung zum angestrebten NATO-Beitritt



Quelle: Anton Grizold/Ljubica Jelušič: "Slovenian Security in the European Perspective".

Eine Entwicklung, die mittel- bis längerfristig die nationalen Ambitionen zum NATO-Beitritt zum Erodieren bringen könnte, ist in der Entwicklung der NATO selbst angelegt. Mit der Erweiterten Partnerschaft für den Frieden (PfP-plus) und dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) trachtete die NATO im Rahmen einer Begleitstrategie noch in Madrid, den auf lediglich drei Staaten reduzierten Erweiterungsprozeß zu ergänzen, indem den Beitrittskandidaten nun weitestgehende Mitwirkungsmöglichkeiten angeboten werden. Das Argument, daß der Artikel 5 des Vertrags von Washington nur für Vollmitglieder Beistandsgarantien vorsieht, dürfte angesichts des aktuellen Bedrohungsbildes für Zentraleuropa an Bedeutung verlieren. Damit könnte die Argumentation für einen Beitritt und der damit verbundenen Übernahme von Kosten und Pflichten mittel- bis längerfristig geschwächt werden.

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> Ebd., S. 42f.

## 5. Zum Beitrittsverfahren zur Europäischen Union

Der Beitritt zur EU steht neben dem NATO-Beitritt an erster Stelle der strategischen Ziele Sloweniens zur Integration in die westliche Staatengemeinschaft. Mit der Nichtberücksichtigung in der ersten Runde der NATO-Osterweiterung bot denn auch der etwa zeitgleich einsetzende Erweiterungsprozeß der EU eine willkommene Gelegenheit die Rückstufung durch die NATO zu verkraften und die politischen Aktivitäten auf den EU-Beitritt zu verlagern.<sup>105</sup> Im Unterschied zur NATO-Debatte fand hinsichtlich der EU-Beitrittsabsichten der Regierung eine frühzeitige und offene Diskussion über Kosten und Nutzen statt. Eine rasche und erfolgreiche Demokratisierung des Landes, aber auch eine prosperierende Wirtschaft, die für eine Integration in den gemeinsamen europäischen Markt von essentieller Bedeutung ist, ließen nach Beilegung des Konfliktes mit Italien einen raschen und friktionsfreien Integrationsprozeß in die Europäische Union erwarten. Die Handelsbeziehungen mit den EU-Staaten waren für Slowenien seit Jahrzehnten von vorrangiger Bedeutung, und mit der Anerkennung des jungen Staates im Januar 1992 erfolgte der Durchbruch auf der internationalen Bühne. Im September 1993 trat das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Slowenien in Kraft, im Juni 1995 unterzeichnete Slowenien ein Freihandelsabkommen mit der EFTA, und mit der EU wurde der Grundstein für das Europaabkommen gelegt. Am 10. Juni 1996 reichte Slowenien schließlich seine Bewerbung um Mitgliedschaft bei der EU ein. Mitte Juli 1997 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht über den Zustand des politischen und wirtschaftlichen Systems in Slowenien, der als Grundlage für ein konkretes Beitrittsverfahren dienen sollte.<sup>106</sup> In diesem Bericht wurde zusammenfassend festgehalten, daß Slowenien über die Charakteristika einer Demokratie verfügte, mit stabilen Institutionen, welche die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Minderheitenrechte garantierten; Slowenien verfüge über eine Marktwirtschaft, die sich zumindest mittelfristig unter den Wettbewerbsbedingungen in der EU behaupten dürfte; Slowenien mache Fortschritte bei der Angleichung der Rechtsordnung an die EU (Acquis), insbesondere hinsichtlich des internen Marktes; Probleme beständen vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Beschäftigung, Sozialpolitik und Energie, so daß noch unerläßliche und weitergehende Reformen zur Übernahme des Acquis erforderlich sind. Im Lichte der Gesamtbeurteilung empfahl die Kommission jedoch die Aufnahme von offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Slowenien. Am 16. Juli 1998 gab die EU-Kommission offiziell bekannt, daß sie neben Slowenien auch mit Estland, Polen, Tschechien, Ungarn und Zypern die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfiehlt. Aus damaliger Sicht war die Aufnahme der ersten Mitglieder, insbesondere Sloweniens, ab dem Jahr 2002 realistisch.<sup>107</sup>

Unmittelbar im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Berichts, noch am 15. Juli 1998, ratifizierte das slowenische Parlament das Assoziierungsabkommen mit der EU. Zuvor wurde durch eine Änderung des Artikels 86 der Verfassung der bisher verbotene Kauf von

---

<sup>105</sup> Ebd.

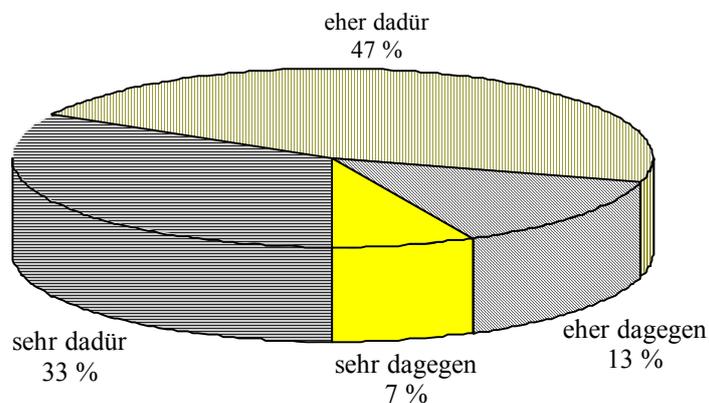
<sup>106</sup> EU: EU Commission's Opinion on Slovenia, in: European Union Press Release, 16.7.1997.

<sup>107</sup> APA471, 15.7.1997.

Grund und Boden bzw. Immobilien durch Ausländer prinzipiell zugelassen. Das Abkommen wurde im Juni 1996 unterzeichnet, nachdem Slowenien auf italienischen Druck die Öffnung des Immobilienmarktes für Bürger der EU zugesagt hatte. Nach einjährigen innenpolitischen Querelen und entsprechenden Auflagen für EU-Bürger, die in Slowenien Immobilien erwerben wollen, konnte die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament von Ljubljana erzielt werden.<sup>108</sup>

Angesichts der positiven Einstellung der EU gegenüber Sloweniens Beitrittsambitionen war die Erwartungshaltung im Land entsprechend hoch. Wie aus Umfragen etwa des Jahres 1996 hervorgeht, erfreut sich der beabsichtigte Beitritt zur Europäischen Union einer rund 80-prozentigen Zustimmung in der Bevölkerung. Eine Gegnerschaft zur EU wird am ehesten bei Bewohnern ländlicher Regionen und bei Anhängern der Oppositionsparteien mit einer Ausrichtung nach Mitte-Rechts geortet.<sup>109</sup>

#### Zustimmung der slowenischen Bevölkerung zu einem EU-Beitritt (1996)



Quellen: The New European Security Architecture, Public Attitudes Toward European Security, Washington: USIA Office of Research and Media Reaction, September 1996, pp. 10-13.

Im Unterschied zur Frage des NATO-Beitritts kommen somit die Einstellungen der Regierung und der Bevölkerung hinsichtlich der Zustimmung zu einem möglichen EU-Beitritt wesentlich stärker zur Deckung. "Schockiert" zeigte sich daher der slowenische Außenminister Boris Frlec über die Kritik der EU-Kommission an den langsamen Fortschritten des Landes bei der Vorbereitung auf eine EU-Mitgliedschaft.<sup>110</sup> Dies war die erste Reaktion auf den Abschluß der ersten Runde der Beitrittsverhandlungen auf EU-Ministerebene. Slowenien hatte, wie auch die übrigen fünf Länder, mit denen die EU am 31. März 1998 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschloß, bis zum 15. September 1998 einen Bericht über die nationalen Maßnahmen zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung an die EU-

<sup>108</sup> Slowenien. Abkommen mit der EU ratifiziert, in: Archiv der Gegenwart vom 31. Juli 1997, S. 42219.

<sup>109</sup> Grizold/Jelušić, a.a.O., S. 46.

<sup>110</sup> APA632, 10.11.1998.

Bestimmungen vorzulegen.<sup>111</sup> Die EU-Kommission führte im Oktober eine Bewertung der Maßnahmen durch, um diese dann für die Tagung der EU-Minister am 10. November aufzubereiten. Vereinbarungsgemäß bezog sich der erste Bericht auf sieben Felder: Industrie, Klein- und Mittelbetriebe, Wissenschaft und Forschung, Telekommunikation, das Bildungs- und Erziehungswesen, Kultur sowie Rundfunk und Fernsehen. Für den letzten Bereich beantragte Slowenien eine zweijährige Übergangsperiode.<sup>112</sup> Schon Anfang November, als die EU-Kommission mit der Bewertung der Berichte der sechs Beitrittskandidaten begann, zeichnete sich ab, daß Slowenien neben der Tschechischen Republik die schlechteste Bewertung bekommen sollte, insbesondere was die Angleichung der Legislatur betraf.<sup>113</sup> Tatsächlich erklärte die EU am 10. November 1998 lediglich drei der sieben Bereiche der ersten Runde für erledigt: Die Bereiche Klein- und Mittelbetriebe, das Bildungs- und Erziehungswesen sowie Wissenschaft und Forschung.<sup>114</sup> So "schockiert" sich Teile des politischen Establishments zeigten, so nüchtern reagierte die Presse und legte wenig Verständnis dafür an den Tag, daß die Regierung, da sie doch die Mehrheit im Parlament besaß, die erforderlichen Gesetze nicht längst beschlossen hatte.<sup>115</sup> Der Bericht der EU-Kommission bewies aber auch, daß die Probleme Sloweniens weder unüberwindbar noch ein dauerhaftes Hindernis darstellen würden. Das Land verfügt wie kaum ein anderer Beitrittskandidat über das wirtschaftliche und politische Potential für einen Beitritt, dürfte sich aber aufgrund innenpolitischer Querelen teilweise selbst einige Fallstricke legen. Immerhin attestierte der Bericht sowohl der slowenischen Regierung als auch dem Parlament den politischen Willen, große Anstrengungen zu unternehmen, und EU-Außenkommissar Hans van den Broek zeigte sich überzeugt, daß Slowenien bald wieder "Spitzenreiter" unter den EU-Beitrittskandidaten sein könne.<sup>116</sup>

## 6. Sloweniens aktuelle NATO-Beitrittsperspektiven

Gespräche mit slowenischen Sicherheitspolitikern lassen auf eine realistische und illusionslose Einschätzung der Lage schließen: Eine Einladung Sloweniens zum NATO-Beitritt wird anlässlich des NATO-Gipfels im April 1999 unter den gegebenen Verhältnissen nicht erwartet.<sup>117</sup> Hierfür werden mehrere Gründe angeführt, wobei die Vorbereitungen in Slowenien selbst als der am wenigsten relevante Faktor eingeschätzt werden. Sicherlich zutreffend ist die Einschätzung, daß die Integration der ersten drei Kandidaten keineswegs so einfach zu bewerkstelligen ist wie erwartet. Eine singuläre Einladung Sloweniens ist deshalb

---

<sup>111</sup> „Key Report for EU Assessment of Slovenia’s Progress ready”, in: STA 9.8.1998

<sup>112</sup> “Slovenia makes a Step closer to Negotiations with the EU by Presenting Position Papers to Brussels“, in: STA, 11.9.1998.

<sup>113</sup> Slovenia receives „worst marks“ in Progress towards EU, in: BBC Monitoring European-Political, 4.11.1998.

<sup>114</sup> „EU closes Membership Negotiations for three Chapters with Slovenia“, in: STA, 10.11.1998.

<sup>115</sup> „Slovene Press on Negotiations with EU“, in: STA, 10.11.1998.

<sup>116</sup> „Slowenien 'schockiert' von Bericht der EU-Kommission“, in: APA632, 10.11.1998.

<sup>117</sup> Gespräche im slowenischen Verteidigungsministerium im September 1998.

auszuschließen, weil dies eine Brückierung Rumäniens bedeuten würde. Rumänien wird auch nach slowenischer Einschätzung als für einen Beitritt noch nicht ausreichend vorbereitet bewertet, weshalb eine gemeinsame Einladung auszuschließen ist. Nicht zuletzt wurde zuvor nachgewiesen, daß die Entscheidung Österreichs pro oder contra NATO die Position Sloweniens nicht unerheblich beeinflussen würde.

Trotz dieser wenig erfolgversprechenden Perspektiven setzt die politische Führung Sloweniens ihre Bemühungen im Sinne der nationalen Beitrittsstrategie fort. Im Oktober etwa führte Staatspräsident Kučan Gespräche mit der NATO-Spitze in Brüssel, welche er selbst als die Abschlußphase des "individuellen Dialoges" mit der NATO bezeichnete.<sup>118</sup> Auch hier wurde Kučan versichert, daß Slowenien zwar alle Beitrittskriterien erfüllt habe, eine Einladung aber aus "globalen politischen Überlegungen" höchst unwahrscheinlich sei.<sup>119</sup> Daran dürften auch die Worte der US-Außenministerin Albright anlässlich eines Besuchs von Regierungschef Drnovšek in Washington Anfang November 1998 wenig ändern: Slowenien sei der bestqualifizierte Kandidat der nächsten "Runde".<sup>120</sup> Diese Haltung wurde auch durch einen Bericht untermauert, den der Vorsitzende des für die NATO zuständigen Senatsausschusses, William Roth, verfaßt hat. Darin empfiehlt der Senator, die nächste "Welle" neuer NATO-Beitritte auf Slowenien zu beschränken. Besonders hervorgehoben werden in dem Bericht die militärische Einsatzbereitschaft, die wirtschaftliche Gesundheit und die strategische Lage – eben die "Landbrückenfunktion".<sup>121</sup> Somit zeichnet sich vor dem NATO-Gipfel im April 1999 wie schon vor dem Erweiterungsgipfel in Madrid 1997 eine neuerliche Forcierung Sloweniens ab, diesmal durch die USA, wengleich die Nachhaltigkeit dieser Überlegungen derzeit nicht wirklich beurteilt werden kann. Aus slowenischer Sicht bleibt die Hoffnung, daß sich das Geschehen von Madrid – zwar aufgrund der Beitrittskriterien prinzipiell qualifiziert, aber aufgrund übergeordneter Kalküle zurückgestuft – nicht wiederholen wird.

---

<sup>118</sup> „President Kucan – Slovenia successfully completed third Round of individual Dialogue with NATO“, in: STA, 5.10.1998.

<sup>119</sup> APA077, 4.10.1998.

<sup>120</sup> APA670, 5.11.1998.

<sup>121</sup> Ebd.

## Anhang

### Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Republik Slowenien und der NATO<sup>122</sup>

Datum	Aktivität	Bedeutung
1990-1993	<i>Brüssel</i> Erste Kontakte auf parlamentarischer und Regierungsebene mit der Nordatlantischen Versammlung.	Beginn der informellen Kooperation zwischen der Republik Slowenien (RS) und der NATO.
29. Dezember 1993	<i>Ljubljana</i> Die Nationalversammlung der RS beschließt die Resolution über die Grundprinzipien der nationalen Sicherheit der Republik Slowenien.	Erstes offizielles Dokument zur Formalisierung der Annäherung an die NATO und der Beziehungen mit der Allianz auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik.
30. März 1994	<i>Brüssel</i> Unterzeichnung des "Partnership for Peace Framework Document".	Der Premierminister der Republik Slowenien, Dr. Janez Drnovšek unterzeichnet das Dokument über den formalen Beitritt Sloweniens zum NATO-PfP-Programm.
18. Juli 1994	<i>Ljubljana</i> Die Regierung der RS beschließt das Präsentationsdokument Sloweniens für die PfP.	Die RS präsentiert der NATO die Gründe für den Beitritt zum PfP-Programm; Implementierung der Maßnahmen für die Realisierung der geplanten Aktivitäten im militärischen und zivilen Bereich.
15.- 18. November 1994	<i>Washington</i> Slowenien wird der Status eines assoziierten Partners der Nordatlantischen Versammlung zugestanden.	Beginn der formellen parlamentarischen Kooperation zwischen der RS und der Nordatlantischen Versammlung.
Mai 1995	<i>Brüssel</i> Abschluß des ersten individuellen Partnerschaftsprogramms über die Kooperation zwischen der NATO und der RS. Entwurf der allgemeinen und speziellen Kooperationsfelder zwischen der NATO und der RS.	Das Schwergewicht liegt auf der Angleichung des Verteidigungssystems und der Militärstruktur, bei der Ausbildung, bei militärischen Übungen, bei der Standardisierung etc.
20. April 1995	<i>Brüssel</i> Die RS erfüllt die Angleichung im PARP (NATO-Planning and Revue Process).	Formeller Beginn der ersten Phase der Implementierung des PARP-Programmes, z.B. Schaffung von nationalen Kapazitäten für die Kooperation in gemeinsamen Übungen, Ausbildung und Durchführung von Friedens- und humanitären Aktivitäten innerhalb des Rahmens der PfP.

<sup>122</sup> Nationale Strategy for Integration of the Republic of Slovenia into NATO, S. 13ff.

Datum	Aktivität	Bedeutung
28. September 1995	<i>Brüssel</i> Präsentation der NATO-Erweiterungsstudie.	Der NATO-Kooperationsrat präsentiert die Erweiterungsstudie den Partnerstaaten. Gründe, grundlegende Zielsetzungen und Prinzipien werden herausgehoben und untermauern die NATO-Erweiterung.
Oktober 1995	<i>Ljubljana</i> Eine Delegation der NATO (A. Cragg) präsentiert die Erweiterungsstudie.	Spezielle Präsentation und Gespräche auch mit den Angehörigen des nationalen Verteidigungsausschusses.
1. November 1995	<i>Brüssel</i> Der Nordatlantikrat beschließt den Beginn des individuellen Dialoges mit den NATO-Beitrittskandidaten.	Gemeinsam mit zehn anderen Staaten äußert die RS ihren Wunsch, den individuellen Dialog zu beginnen.
22. Dezember 1995	Ratifikation des Abkommens zwischen der NATO und den PfP-Ländern über den Status ihrer Streitkräfte (SOFA).	Abkommen und Zusatzprotokoll wurden am 19. Juni 1995 in Brüssel unterzeichnet.
22. Dezember 1995	<i>Brüssel</i> Im Rahmen der Unterzeichnung von Transitvereinbarungen zwischen der RS und der NATO beginnt die Teilnahme Sloweniens an der Operation Combined Endeavour.	Das Abkommen regelt den Transit der NATO-Truppen und aller anderen Kräfte zur Mitwirkung an der IFOR.
11. April 1996	<i>Ljubljana</i> Die Nationalversammlung der RS beschließt, daß die RS ihre grundlegenden Sicherheitsinteressen innerhalb des	Die Nationalversammlung der RS bestärkt und wiederholt das Interesse der RS an einer vollen NATO-Mitgliedschaft.

**Gustav E. Gustenau**

## **How Slovenia Is Preparing to Achieve NATO Membership**

Bericht des BIOst Nr. 8/1999

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The efforts of the Republic of Slovenia to realise its foreign policy and security goals by becoming a member of NATO as soon as possible form the subject of this report. The issue is addressed in the context of both a changing security environment and an enormous need for reform in the Slovenian Armed Forces (SAF). Owing to a lack of sufficient source material on the SAF reforms in the specialist press, the author conducted interviews in spring and autumn of 1998 with members of the Slovenian Ministry of Defence and of the General Staff of the SAF.

#### *Findings*

1. Whereas directly after independence the direction of Slovenian foreign and security policy was still uncertain, from the mid-1990s onwards the Slovenian political establishment showed a clear desire to join NATO and the WEU.
2. Slovenia's main motives for wanting to join NATO are the country's exposed position vis-à-vis the Balkan crisis zone, its own limited military resources and the improvement in Slovenia's international standing that NATO membership could be expected to bring.
3. Although the summit meeting held by NATO in Madrid in July 1997 to discuss the alliance's expansion failed to take account of Slovenia's desire for membership, Slovenia will continue unabated to pursue this goal. This was reinforced by the adoption in February 1998 of a "National Strategy for Integration of the Republic of Slovenia into NATO".
4. The fact that Hungary will soon become a member of NATO, even though it has no common border with the existing core of NATO, suggests that Slovenia's geostrategic role as a potential bridge between Italy and Hungary in the course of NATO's eastward expansion is not as important as was originally thought.
5. Slovenia has been downgraded in the process of NATO's eastward expansion even though it fulfils all the most important criteria for membership: a stable political system, a free market economy, human rights guarantees, democratic control over the armed forces and no security problems of any kind with neighbouring states.

6. Slovenia's joining NATO therefore probably depends less on geostrategic considerations or on preparations within Slovenia itself than on more general issues beyond Slovenia's control, such as the anticipated costs, acceptance of Slovenia's membership by the governments of the individual NATO states, the internal cohesion of the alliance etc.
7. Concrete measures for integration in NATO include increased co-operation within the framework of the Partnership for Peace (PfP) agreement and the European-Atlantic Partnership Council (EAPC), harmonisation with NATO standards, involvement in overcoming the crisis in former Yugoslavia and the formation of units to participate in peace-keeping operations.
8. Participation in multi-lateral military co-operation is of particular importance. This includes taking part in military exercises or in the formation of alliances for peace-keeping operations such as the Central European Nations Cooperation on Peace Support (CENCOOP) or the Multinational Land Force (MLF).
9. The SAF faces major changes in its organisational and leadership structures. The old structures and procedures, which date from the time of the territorial defence force, must be abandoned if compatibility and inter-operability with NATO are to be achieved. The main criteria for the new force are: operative flexibility, the establishment of a modular structure, the ability to take part in joint operations of the alliance, a reduction in the mobilisation base and an increasingly professional force.
10. With regard to armaments and military equipment a complete renewal must be undertaken in many spheres. Priority will be given to command and communications centres as well as air traffic control and air defence. Despite special funds continually being allocated for arms procurement, the purchase of fighter aircraft seems highly unlikely given the size of the current budget.
11. Alongside NATO membership a high priority of Slovenian foreign policy is membership of the European Union. This goal has the agreement of the whole political establishment and of most of the population. Although in November 1998 the EU commission criticised Slovenia's efforts to become an EU member, this does not mean that the obstacles to achieving this goal are insurmountable.
12. Although a timetable for Slovenia's joining the EU has now been secured, albeit with some delay, the question of when Slovenia will be admitted to NATO still remains completely open. Slovenian experts do not expect their country to be invited to the NATO summit in spring 1999.